



**SPD Kreisverband Erfurt**  
Anger 22, 99084 Erfurt (1. OG)  
[info@spd-erfurt.de](mailto:info@spd-erfurt.de)

**Beschlüsse vom**  
**Kreisparteitag**  
**am 27.09.2025**

**-Sortiert nach Antragsnummer-**

## **A1 Klausurtagung von Kreisvorstand und Stadtratsfraktion**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag fordert den künftigen Kreisvorstand auf:

- 2 1. Kreisvorstand und Stadtratsfraktion führen künftig mindestens einmal im  
3 Jahr, besser zweimal im Jahr eine gemeinsame Beratung durch.
- 4 2. Ziel dieser Beratungen ist es, wichtige Themen und politische Initiativen  
5 abzustimmen, Schwerpunkte festzulegen und das gemeinsame Vorgehen besser  
6 zu koordinieren.
- 7 3. Vor den Klausurtagungen werden die Ortsvereine vom Kreisvorstand aktiv in  
8 die Vorbereitung eingebunden und dazu aufgefordert, inhaltliche Impulse,  
9 die besprochen werden sollen, an den Kreisvorstand weiterzugeben. Die  
10 Ergebnisse dieser Klausurtagungen werden den Ortsvereinen über deren  
11 Vorstände offengelegt, sodass alle Mitglieder über die Inhalte informiert  
12 werden können und die Ergebnisse daraus resultierender Diskussionen in die  
13 Arbeit von Kreisvorstand und Stadtratsfraktion einfließen können.

### **Begründung**

Die SPD Erfurt muss geschlossen auftreten und an einem Strang ziehen. Kreisvorstand und Stadtratsfraktion tragen dabei jeweils besondere Verantwortung – der Kreisvorstand für die Organisation und die Mitglieder, die Fraktion für die politische Arbeit im Stadtrat.

Eine regelmäßige Klausurtagung sorgt dafür, dass beide Seiten ihre Arbeit besser abstimmen und gemeinsam Ziele festlegen können. Wenn die Ergebnisse anschließend in die Ortsvereine getragen werden, sind alle Mitglieder informiert und können sich einbringen. Das stärkt die Transparenz, den innerparteilichen Zusammenhalt und die politische Handlungsfähigkeit der SPD Erfurt.

## **A2 Sportstadt Erfurt – Keine Kürzungen im Sporthaushalt**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Sport & Freizeit in Erfurt

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 2 1. Die SPD Erfurt bekennt sich klar zur Sportstadt Erfurt und tritt dafür  
3 ein, dass die Sportförderung in unserer Stadt gesichert und weiter  
4 gestärkt wird.
- 5 2. Die SPD Erfurt wird keine haushalterischen Kürzungen im Bereich Sport  
6 mittragen. Dies gilt sowohl für die Förderung von Sportvereinen als auch  
7 für die Unterhaltung der städtischen Sportstätten.
- 8 3. Im Mittelpunkt steht der Erhalt und die Ertüchtigung der bestehenden  
9 Sportinfrastruktur – insbesondere der Sporthallen, Sportplätze und Bäder.
- 10 4. Sport bleibt für uns ein zentrales Instrument der sozialen Teilhabe, der  
11 Gesundheitsförderung und der Integration.

### **Begründung**

Sport ist ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Erfurt. Er fördert Gesundheit, Gemeinschaft und Integration. Unsere Stadt genießt überregional den Ruf einer Sportstadt – durch die große Vereinsvielfalt, die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler sowie durch Sportereignisse im Steigerwaldstadion, Kartoffelhalle, in Sporthallen und auf den Plätzen in allen Ortsteilen. Um diesen Ruf zu bewahren, braucht es eine klare politische Haltung: Keine Kürzungen im Sporthaushalt. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel darf nicht an der Stelle gespart werden, die für so viele Menschen – ob Kinder, Jugendliche, Erwachsene oder Senioren – soziale Teilhabe und Lebensqualität bedeutet. Die SPD Erfurt steht an der Seite der Vereine, der vielen ehrenamtlich Engagierten und der Sportlerinnen und Sportler. Unser Ziel ist es, die vorhandenen Sportstätten zu erhalten, zu sanieren und zu ertüchtigen, damit sie auch in Zukunft allen Generationen offenstehen.

## **A3 Weiterentwicklung und Erweiterung des Gewerbe- und Technologieparks am Urbicher Kreuz**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-West und OV Süd-Ost

Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

1. Die SPD Erfurt möge beschließen, sich für eine aktive Begleitung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses einzusetzen und gezielt neue Wirtschaftszweige in Erfurt anzusiedeln. Ziel ist es, die wirtschaftliche Zukunft der Stadt nachhaltig zu gestalten, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Erfurt als innovativen Wirtschaftsstandort zu stärken.
2. Die SPD Erfurt bekennt sich klar zur Weiterentwicklung und Erweiterung des Gewerbe- und Technologieparks am Urbicher Kreuz. Es bleibt unser Ziel, einen nachhaltigen Wirtschaftsstandort zu gestalten.
3. Ziel der Erweiterung ist es, den bestehenden High-Tech-Cluster (Halbleiter, Sensorik, Mikrosystemtechnik, Forschung) zu stärken und zukunftsfähige Unternehmen anzusiedeln. Da eine konkrete Wirtschaftsförderung für die Stadt finanziell zu herausfordernd ist, sollen hier primär die Möglichkeiten der Stadtentwicklung genutzt werden. Hier sind u.a. zu nennen, die Flächenerweiterung und die Fortschreibung des B-Plans, sowie Unterstützung bei der Einholung von Bundesmitteln (siehe ab Punkt 3).
4. Die Erweiterung wird unter strenger Beachtung nachhaltiger Standards durchgeführt:
5. Boden- und Klimaschutz, Lärmschutz, Grün-, Puffer- und Ausgleichsflächen werden verbindlich eingeplant. Naturnahe Gestaltung, Biodiversität und Energieeffizienz stehen im Zentrum.
6. Landes- und Bundesfördermittel zur Berücksichtigung ökologischer Nachhaltigkeitsaspekte sollen verstärkt genutzt werden.

- 25 7. Die verkehrliche Erschließung erfolgt gebündelt über das Urbicher Kreuz,  
26 um Belastungen zu minimieren.
- 27 8. Die SPD Erfurt setzt sich dabei dafür ein, dass die entstehenden  
28 Arbeitsplätze- und Ausbildungsplätze sozialverträglich gestaltet sind, mit  
29 Tarifbindung als Grundlage für faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen  
30 und echte Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bei jeder Entscheidung über die  
31 Ansiedlung neuer Unternehmen macht sich die SPD Erfurt für diese Standards  
32 stark.

### Begründung

Das Gewerbegebiet Erfurt-Südost am Urbicher Kreuz hat sich in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten High-Tech-Standorte Thüringens entwickelt. Unternehmen wie X-FAB (Halbleiter), Melexis (Automotive-Sensorik), das CiS Forschungsinstitut für Mikrosensorik, das IMMS (Institutsteil Erfurt) und das Fraunhofer-Projektzentrum MEOSbilden gemeinsam mit weiteren Partnern ein leistungsfähiges Cluster aus Produktion, Forschung und Transfer. Dieses Cluster steht für Arbeitsplätze mit Zukunft, Innovation und Wertschöpfung in Erfurt.

Um diese Stärke auszubauen und den Bedarf an Erweiterungsflächen zu decken, ist die Ausweisung zusätzlicher Flächen am Urbicher Kreuz erforderlich. Damit können sowohl Bestandsbetriebe wachsen als auch neue High-Tech-Unternehmen angesiedelt werden. Gleichzeitig trägt die Erweiterung zur langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandorts Erfurt und zur Stärkung der gesamten Region bei.

Die SPD Erfurt steht für eine Wirtschaftspolitik, die gute Arbeit, Innovation und Nachhaltigkeit verbindet. Deshalb setzen wir uns für die Erweiterung des Gewerbe- und Technologieparks am Urbicher Kreuz ein – unter der klaren Bedingung, dass ökologische Standards eingehalten und die Belastungen für Mensch und Umwelt so gering wie möglich gehalten werden.

## A4 Soziale Sicherheit ist nicht verhandelbar

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-West  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Soziales & Arbeit

### Antragstext

Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

1. Die SPD Erfurt erkennt die angespannte Haushaltslage der Stadt Erfurt an und bekennt sich zu einer ehrlichen und verantwortungsvollen Finanzpolitik.
2. Gleichzeitig stellt die SPD Erfurt klar: **Kürzungen im sozialen Bereich werden von uns nicht mitgetragen.**
3. Dazu zählen insbesondere Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Seniorenarbeit, der Quartiersarbeit, der Integrations- und Inklusionsprojekte sowie die Unterstützung sozialer Träger und Vereine.
4. Die SPD Erfurt wird sich in allen haushaltspolitischen Beratungen klar gegen Kürzungen in diesen Bereichen positionieren und nach alternativen Lösungen zur Konsolidierung suchen.

### Begründung

Die Stadt Erfurt steht vor großen finanziellen Herausforderungen. In dieser Lage ist es umso wichtiger, klare Prioritäten zu setzen. Für die SPD Erfurt steht fest: Soziale Sicherheit und Teilhabe dürfen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Der Sozialbereich ist das Fundament für den Zusammenhalt in unserer Stadt. Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien, Senioren sowie für Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen sind unverzichtbar. Sie sorgen dafür, dass niemand abgehängt wird und Erfurt eine lebenswerte Stadt für alle bleibt.

Gerade in Krisenzeiten braucht es ein starkes soziales Netz. Die SPD Erfurt wird deshalb Kürzungen im sozialen Bereich entschieden ablehnen und sich für alternative Konsolidierungsmaßnahmen einsetzen, die nicht auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft gehen.

## **A5 Gesamtkonzept „Sichere Innenstadt Erfurt“**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Ordnung und Sicherheit

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die SPD Erfurt bekennt sich zur Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts „Sichere Stadt“. Die SPD Erfurt erarbeitet bis zum nächsten regulären Kreisparteitag ein eigenes Konzept.
2. Das Konzept umfasst die Handlungsfelder Prävention, Ordnung, Sauberkeit, Beleuchtung, Sozialarbeit und Awareness.
3. Zentrale Bausteine sind:
  - Stärkung der niederschwelligen aufsuchenden Sozialarbeit für Kinder und Erwachsene,
  - Einsatz von Awareness-Teams und sichere Anlaufstellen bei Veranstaltungen, sowie den ausschließlichen Einsatz von Sicherheitsdiensten ohne bekannte rechtsextreme Gesinnung oder Nähe.
  - Verbesserung von Beleuchtung und Sauberkeit in Innenstadt und Parks,
  - Ausbau digitaler Meldewege (z. B. Mängelmelder),
  - enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Ordnungsdiensten, Polizei und sozialen Trägern,
  - rechtssichere Umsetzung der räumlich begrenzten Videoüberwachung sowie eine unabhängige externe Evaluation ihrer wissenschaftlich-belegten Wirksamkeit auf Basis kriminalstatistischer Daten, Aufklärungsquoten, Kosten-Nutzen-Analysen und repräsentativer Bürgerbefragungen. Die

21 Evaluation soll bis 31. Dezember 2026 stattgefunden haben.

22 4. Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein, dass die Ergebnisse und Maßnahmen  
23 regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden.

### **Begründung**

Eine sichere Innenstadt bedeutet mehr Lebensqualität für alle. Sicherheit entsteht durch gute Zusammenarbeit, Präsenz von Hilfs- und Ordnungskräften, verlässliche Sozialarbeit und klare Strukturen für Hilfe im Alltag wie bei Großveranstaltungen. Die SPD Erfurt steht für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit, welches Schutz, Prävention und Teilhabe verbindet.



## **A6 Strukturreform des SPD Kreisverbandes**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	SPD Organisation

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 2 1. Der Kreisparteitag beauftragt den neu gewählten Kreisvorstand, einen  
3 Diskussionsprozess zur Strukturreform der SPD-Ortsvereine in Erfurt  
4 einzuleiten. Ziel einer Reform ist es, die Ortsvereinsgliederung der SPD  
5 Erfurt funktional bis zum 01.09.2027 neu auszurichten.
- 6 2. Zu diesem Zweck setzt der Kreisvorstand unverzüglich eine paritätisch  
7 besetzte Kommission ein, die sich aus je 1/3 Vertreterinnen und Vertretern  
8 der Ortsvereine, je 1/3 der Arbeitsgemeinschaften sowie je 1/3  
9 sachkundiger Mitglieder des Kreisverbandes zusammensetzt. Die Kommission  
10 hat die Aufgabe, bis spätestens 01.09.2026 dem Kreisparteitag einen  
11 konkreten Vorschlag zur Neugliederung der Ortsvereine der SPD Erfurt zur  
12 Beschlussfassung vorzulegen. Die Kommission soll sich aus nicht mehr als  
13 12 ständigen Mitgliedern zusammensetzen.

### **Begründung**

#### **Strukturelle Ausgangslage in Erfurt:**

Die Ortsvereinsstruktur der SPD Erfurt ist historisch gewachsen, dies bringt besondere Herausforderungen im Hinblick auf eine moderne, kampagnenfähige und mitgliederorientierte Partei mit sich. Insbesondere die sogenannten „ländlichen“ Ortsvereine halten in einem schwierigen politischen Umfeld die Fahnen der Sozialdemokratie hoch, jedoch mit einem leider geringen aktiven Mitgliederstamm. Dies hat nicht zuletzt, trotz vieler hervorragender Anstrengungen, auch Auswirkungen auf die politische Sichtbarkeit, z.B. in Ortsteilräten, oder organisatorische Aktivität.

Grundsächlich bietet sich hier ein Vergleich mit Städten ähnlicher Größe an.

Beispielsweise hat die SPD Rostock bereits vor einigen Jahren eine Strukturreform ihrer Ortsvereine umgesetzt. Der KV Rostock gliedert sich in sieben Ortsvereine, welche so geschnitten sind, dass sie Stadtteile und Wahlbezirke zusammenfassen und klare territoriale Zuständigkeiten ermöglichen.

Auch die SPD Potsdam hat seit 2016 in mehreren Schritten eine Neuorganisation ihrer Ortsvereine vorgenommen. Diese orientieren sich beispielsweise weitgehend an den Landtagswahlkreisen der Stadt. Diese Reform wurde explizit mit dem Ziel vorgenommen, die organisatorische Handlungsfähigkeit der Partei zu verbessern, Wahlkämpfe koordinierter durchzuführen und politische Arbeit in der Stadt systematisch zu professionalisieren.

Der Kreisverband Halle/Saale, mit 540 Mitgliedern dem KV Erfurt durchaus vergleichbar, gliedert sich in insgesamt fünf Ortsvereine, die sich mit Abweichungen weitestgehend an den Landtagswahlkreisen orientieren.

## **A7 Erfurts öffentlicher Raum als Raum des sozialen, nachhaltigen & familiengerechten Miteinanders**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt, SPD OV Erfurt-Nord, SPD OV Erfurt-Kühnhausen, SPD OV Erfurt Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung

### **Antragstext**

Der Kreisverband begreift den öffentlichen Raum als Raum sozialen, nachhaltigen & familiengerechten Miteinanders. Der Kreisvorstand unterstützt – im Rahmen des Möglichen – seine Mitglieder und Gliederung beim gesellschaftlichen Dialog und der Weiterentwicklung entsprechender Inhalte.

Insbesondere die SPD-Mitglieder des Stadtrats und seinen Ausschüssen werden aufgefordert, sich den Inhalten zu widmen.

Öffentliche Räume sind Straßen, Plätze und Grünflächen aber auch Infrastruktur, wie z.B. Straßenbahngleise, Park-and-Ride-Parkplätze und städtische Betriebe. Öffentliche Räume werden aber auch durch Organisationen und städtische Dienstleistungen strukturiert, wie z.B. durch den ÖPNV. Sie sollen Orte der sozialen Miteinanders, der Nachhaltigkeit, und der Naherholung sein. Öffentliche Räume sind Orte des Austauschs, der kostenfreien Naherholung, der Familienfreundlichkeit und der Gesundheitsvorsorge. Öffentliche Räume müssen durch Begrünung, Entsiegelung, Aufenthaltsqualität und klimaangepasste Gestaltung zu mehr Lebensqualität beitragen. Öffentliche Räume ermöglichen Teilhabe.

Im Folgenden werden zielführende Maßnahmen vorgeschlagen und zu Handlungsfeldern gebündelt, welche mit Nachdruck verfolgt werden sollen.

#### **1. Grünachsen ausbauen**

- Aufbau neuer Grünachsen – insbesondere im Erfurter Osten zwischen ICE-City Ost und Nordstrand – bis hin zu den Seen rund um Stotternheim (inkl. Sülzer See, Schwerborner See).

- Bestehende Flächen und Parks sollen modernisiert und neue Grünräume erschlossen werden.
- Die zahlreichen Kleingartenanlagen werden ausdrücklich als Teil dieser Grünachsen-Entwicklung verstanden. Sie sind Orte des sozialen Austauschs, der stadtnahen Erholung und – gerade in Zeiten steigender Preise – wichtige Orte der Versorgung mit eigenen Lebensmitteln.
- Grünachsen sollen auch eine Heimat für Kunst und Kultur sein. Hier sind entsprechende Schnittstellen zur Stadtgesellschaft auszubauen.
- Vorzeige-Projekte, wie der Petersberg oder die ICE-City-Ost und die alten Bahnhallen westlich des Hauptbahnhofs („ICE-City West“) müssen Teil des Ausbaus der Grünachsen sein und weiter mitbegleitet werden.
- Erschließung des Areals der Fischtreppe zwischen Gispersleben und Kühnhausen unter zusätzlicher Einbindung des Gera-Radweg

## 2. Klimaangepasste Stadtgestaltung

- Entsiegelung geeigneter Flächen zur Förderung klimaangepasster Stadtgestaltung (vgl. Staufi Autofrei 2024)
- Errichtung eines „Kühlen Weges“ direkt an der Gera bzw. einer Promenade am Flutgraben (Bischleben bis Nordpark, nicht nur bis Bahnhof).
- Aufbau einer modernen Entwässerungs- und Bewässerungsinfrastruktur, sodass Böden Wasser besser halten zu können
- Kontinuierliche Analyse des Stadtklimas
- Konkrete Maßnahmen zum Ausbau des Hitzeschutzes
  - Cooling Zones (öffentlich ausgewiesene und zugängliche Orte zum Abkühlen z.B. Bibliotheken, Stadtverwaltung)
  - Akute Maßnahmen im Sommer z.B. durch mobile Abkühlungselemente z.B. Wasservernebler
  - Zusätzlicher Sonnenschutz, insbesondere bei Flächen stark exponierter Gruppen, wie Kindern auf Spielplätzen
  - Breitere Installation von öffentlichen Trinkbrunnen und Trinkwasserstellen,
  - bessere Ausweisung von ReFill-Stationen

3. Mobilität und Verkehrssicherheit

- Beschleunigte Umsetzung des Radwegekonzepts, sodass sich alle Menschen – insbesondere schutzbedürftige Gruppen, wie z.B. Kinder, Menschen mit Behinderung und Senioren – sicher durch den Verkehr bewegen können.
- Ausbau von Radfernwanderwegen innerhalb des Stadtgebietes, sodass diese u.a. auch Tourist:innen den sicheren Gebrauch ermöglichen (herausgehobene Negativ-Beispiele sind hier der Gera-Radweg in Kühnhausen und der D4 bzw. der Thüringer-Städtekette-Radweg rund um den Leipziger Platz
- Vollständige Ausschöpfung der durch die Novelle der StVO im Jahr 2024 neu geschaffenen Spielräume zur Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit und die stadtweite Einführung eines Tempolimits von 30 km/h auf allen Straßen mit direkt angrenzender Wohnbebauung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, Lärmreduktion und Verbesserung der Luftqualität. Verbinder ohne Wohnbebauung (z.B. zwischen ländlicheren Ortsteilen wären hiervon nicht betroffen)
- Einwirken auf Landes- und Bundesebene für eine generelle Absenkung der innerörtlichen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h
- Ausbau des ÖPNV mit Fokus auf Barrierefreiheit, Taktung, Erweiterung des Straßenbahnnetzes (z.B. Linie 9),
- Förderung von Carsharing, um auch Familien mit kleinem Budget eine individuelle Mobilität mit einem PKW zu ermöglichen
- Ausbau der Park-and-Ride-Möglichkeiten, um den Autoverkehr zu minimieren
- Ausbau und Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur in den dörflich geprägten Ortsteilen Erfurts, insbesondere solcher Straßen mit Zubringerfunktion zu übergeordneten Verkehrswegen und zur Innenstadt
- Sicherstellung durchgängiger Fußwege entlang aller innerörtlichen Straßen dieser Ortsteile, um die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger – insbesondere für Kinder, ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen – zu gewährleisten und eine gefahrfreie Nutzung des ÖPNVs zu ermöglichen (z.B. Bushaltestellen ohne Anbindung zu Fußwegen, wie es in den äußeren Ortsteilen Erfurts zu finden ist)

**Begründung**

*Die Erfahrungen aus der BUGA 2021 und den Entwicklungen entlang der Gera haben gezeigt, dass es gerade in einer wachsenden Stadt wie Erfurt Räume braucht, die sozialen Austausch, Naherholung und Abkühlung in heißen Sommern ermöglichen. Solche Räume sind nicht nur attraktiv, sondern auch entscheidend für Gesundheitsvorsorge und Lebensqualität – insbesondere für Menschen, die nicht in kühlere Regionen ausweichen können. Studien belegen, dass Erfurt in Thüringen am stärksten unter Hitze leidet. Der hohe Versiegelungsgrad und der vergleichsweise geringe Anteil an Stadtgrün machen umfassende Maßnahmen zum Hitzeschutz und zur Klimaanpassung zwingend erforderlich.*

*Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung muss daher den öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar und attraktiv machen – für Familien, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Mobilität, Klimaanpassung, Gesundheitsschutz und Aufenthaltsqualität sind dabei keine Gegensätze, sondern müssen zusammengedacht werden.*

*Es ist wichtig, dass der Kreisverband durch seine Mitglieder im Stadtrat auf eine zügige und konsequente Umsetzung hinwirkt. Die ergänzenden neuen Maßnahmen – etwa Grünachsen, Hitzeschutz oder Entwässerung – erweitern diese Beschlusslage um eine umfassendere Vision für den öffentlichen Raum und machen Erfurt widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels.*

*Konkret wollen wir in den neu entstehenden Wohnquartieren im Erfurter Osten eine grüne Entwicklungsachse bis zu den Erfurter Seen schaffen. Diese soll moderne Parks, neue Aufenthaltsflächen und verbesserte Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verbindungen miteinander verbinden. Dabei gilt es, bestehende Grünräume zu modernisieren sowie Kleingärten als wichtige soziale und ökologische Ressource zu erhalten und einzubeziehen.*

*Ein Tempolimit von 30 km/h senkt Emissionen, erhöht die Verkehrssicherheit und verbessert die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Durch die Anpassung des §45 der StVO können nun auch Beschränkungen vorgenommen werden, wenn diese zur "Verbesserung des Schutzes der Umwelt, darunter des Klimaschutzes, zum Schutz der Gesundheit oder zur Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung" beitragen. Die Stadt sollte sich zügig mit diesen neuen Möglichkeiten befassen.*

*Mit diesem Antrag formuliert die SPD Erfurt eine klare Vision: Der öffentliche Raum soll Treffpunkt, Ort der Entspannung und kostenfreie, vielfältige Infrastruktur für alle Menschen in unserer Stadt sein.*

*Hinweis: Viele Dinge sind schon Teil des Kommunal-Wahlprogrammes 2024 gewesen. Hinter dieses Programm als geltende Beschlusslage sollte im Sinne des Antragsstellers nicht zurückgefallen werden.*

*KI-Transparenzhinweis: Teile dieser Texte wurde mit Hilfe von KI (hier ChatGPT 5.0) erstellt. Dabei wurden die inhaltlichen Punkte stichpunktartig eingegeben und ein Grundtext durch die KI erstellt. Dieser Text wurde im Nachgang durch die Autor:innen redigiert und in die finale Form gebracht*

## **A9 Reichtum gerecht besteuern – Demokratie durch Verteilungsgerechtigkeit stärken**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Bund

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag der SPD Erfurt beschließt folgenden Antrag als Kreisverband Erfurt auf dem nächsten Landesparteitag zustellen:

„Die SPD Thüringen bekennt sich zu folgenden Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit und wie einen gleichlautenden Antrag zum nächsten Bundesparteitag stellen:

#### **1. Vermögenssteuer reaktivieren – progressiv und wirksam.**

Die SPD setzt sich im Bund für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf alle Vermögensarten mit folgendem Tarif ein:

- Freibetrag: 1 Mio EUR
- Über 1 Mio EUR: 1 %
- über 5 Mio. €: 2 %
- über 10 Mio. €: 5 %
- über 20 Mio. €: 10 %
- über 200 Mio. €: 15 %
- ab 1 Mrd. €: 20 %.

Ziel ist es, extrem große Vermögen zu bremsen, die Finanzierung des Gemeinwesens

zu stärken und die breite Mehrheit zu entlasten.

## **2. Erbschaft- und Schenkungssteuer fair reformieren.**

Dazu gehört für uns u.a.:

- Privilegien für Betriebsvermögen abschaffen
- Gestaltungslücken über Stiftungen/Holdings schließen
- Spitzensätze für extrem große Erbschaften bis in sehr hohe Bereiche deutlich anheben
- sehr hohen Spitzensteuersätzen für Milliardenerbenschaften.
- Liquiditätsschutz durch Stundung/Ratenzahlung sichern.

## **3. Finanztransaktionssteuer einführen.**

Einführung einer Transaktionssteuer, um reine Spekulation unattraktiver zu machen und die Finanzmärkte an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen:

- - 0,5 % auf Aktien/Anleihen/Devisen
- - 0,1 % auf Derivate

## **4. Steuerflucht wirksam bekämpfen.**

Wir treten ein für Transparenz, internationalen automatischen Informationsaustausch, Exit-Regeln und ein schlagkräftiges Amt für Steuergerechtigkeit.

## **5. Reichtumsverteilung als Schwerpunktthema der SPD verankern.**

Die SPD startet eine Informations- und Aktionsreihe „Reichtum gerecht besteuern – Demokratie braucht Gerechtigkeit“ (Bürgerdialoge, Faktenblätter, Bündnisse mit Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft).“



## **A10 Für ein starkes Team: Die SPD Erfurt als Mitmach-Partei**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	SPD Organisation

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die SPD Erfurt richtet sich als kooperative, offene, motivierende und stabile Team- und Themenpartei neu aus. Wir beauftragen den neuen Kreisvorstand, die innerparteiliche Demokratie zu stärken, die Parteiarbeit auf die Mitglieder auszurichten und die SPD als Ideengeberin für die Stadt wieder sichtbar zu machen. In Anlehnung an das Motto "mehr Demokratie wagen" wollen wir uns stärker für die gesamte Stadtgesellschaft öffnen und unsere Partei als Ort begreifen, an dem wir wirklich mitbestimmen können, in der Sache diskutieren und uns dabei wohlfühlen. Nur so werden wir es wieder schaffen diese Stadt in eine sozialdemokratische Zukunft zu führen.

Dazu werden folgende Maßnahmen beschlossen, die durch den Kreisvorstand unter sinnvoller Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine umzusetzen sind:

#### **1. Stärkung der innerparteilichen Demokratie:**

- Einführung von Mitgliederkonventen mit geringem organisatorischem Aufwand als niedrigschwellige Formate, um die Beteiligung zu steigern.
- Einführung von Mitgliedervoten zu wichtigen Personal- und Strategiefragen.
- Senkung der Schwelle zur Mitarbeit für Neu-Mitglieder durch Willkommensveranstaltungen und Patenschaften.

#### **2. Neuaufstellung der Fraktion und transparente Parteiarbeit:**

- Die Stadtratsfraktion erarbeitet gemeinsam mit dem Kreisvorstand

22            Oppositionsleitlinien.

- 23            • Einrichtung thematischer „offener Arbeitskreise“, welche Fachwissen aus  
24            Gliederungen, der Fraktion, von Sachkundigen Bürger:innen und der  
25            Zivilgesellschaft bündeln.
- 26            • Einmal jährlich öffentliche Fraktionssitzungen abhalten.
- 27            • Ein großer Teil der Formate und Veranstaltungen des Kreisverbandes soll  
28            offen und zugänglich sein, sowohl für die eigenen Mitglieder als auch für  
29            die Stadtgesellschaft.
- 30            • Erstellung eines Transparenzkonzepts für den Kreisverband, das Abläufe  
31            nachvollziehbar macht und Beschlüsse transparent kommuniziert.

32            **3. Förderung von Talenten und fairer Beteiligung:**

- 33            • Einführung klarer Regeln für Nominierungen, inklusive offener  
34            Ausschreibungen und verlässlicher Anwendung von Quoten.
- 35            • Prüfung der Begrenzung von Ämterhäufung und Stärkung der Rotation.
- 36            • Etablierung eines Talentprogramms „Erfurt 2030“, das Frauen, Jüngere,  
37            Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Arbeiter:innenkinder in den Fokus  
38            rückt und eine langfristige Personalentwicklung sicherstellt.
- 39            • Einrichtung einer Kommission „Neuanfang“, die bis September 2026 eine  
40            Reform der Kreissatzung vorlegt, die auf einem Kreisparteitag oder einer  
41            Kreismitgliederversammlung beraten und beschließen werden soll.

42            **4. Politische Schwerpunkte und messbare Ziele:**

- 43            • [Der Kreisparteitag oder eine] Kreismitgliederversammlung soll künftig in  
44            einem Arbeitsprogramm die politisch-strategischen Linien für die jeweilige  
45            Amtszeit des Kreisvorstandes festlegen.
- 46            • Konzentration auf die Themenfelder Soziales, Arbeit, Wohnen und Bildung in  
47            den Jahren 2025 bis 2027.
- 48            • Start einer öffentlichen Debattenreihe, die in Leitsätzen für Erfurt  
49            mündet.

- Entwicklung eines „Erfurt-Plans 2030“, welcher konkrete Projekte bündelt, an welchen wir uns messen lassen.
- Der Kreisvorstand wird beauftragt, einen Zeitplan für die Umsetzung der Reformen bis Februar 2026 vorzulegen.
- Der Kreisvorstand hat in seinem jährlichen Rechenschaftsbericht schriftlich und in kurzer, nachvollziehbarer Form nachzuweisen, welche der in diesem Antrag beschlossenen Maßnahmen der vier Handlungsfelder durchgeführt wurden.

## Begründung

### Begründung: Ein neuer Weg für die SPD Erfurt

Die Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen 2024 waren ein historischer Einschnitt. Mit den Wahlergebnissen wurde die SPD von den Erfurter:innen klar abgewählt. Ganz deutlich muss gesagt sein, dass diese schmerzlichen Ergebnisse auch durch die Arbeit der SPD auf Bundes- und Landesebene und nicht nur durch die Arbeit der SPD vor Ort resultierten. Es geht nicht darum, die Schuld an einige wenige zu adressieren.

Gleichwohl sind die Wahlergebnisse Ausdruck eines seit langem wirkenden Trends: Die SPD hat substanziell Vertrauen verloren – inhaltlich, organisatorisch und kommunikativ. Die Fokussierung auf das Amt des Oberbürgermeisters und das Modell der Ein-Personen-Partei hat die Breite, Kraft und Glaubwürdigkeit einer Volkspartei eingeengt. Dieser Vertrauensverlust ist tief und betrifft die Partei insgesamt. Besonders Arbeitnehmer:innen, junge Menschen und von sozialer Verunsicherung betroffene Gruppen haben sich spürbar von uns abgewandt.

In unseren aktiven Reihen ist der Anteil von einfachen Beschäftigten, Arbeiter:innen und Arbeitslosen leider zu gering. Eine mangelnde Beitragstreue bei Besserverdiener:innen steht zudem im Widerspruch zum sozialdemokratischen Solidaritätsprinzip und schwächt die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei. Unsere politische Kommunikation war oft zu komplex, erreichte die Gefühle und Lebenslagen der Menschen nicht und wurde zu oft als PR verstanden – nicht als Dialog.

Darüber hinaus müssen wir festhalten, dass Organisation und Parteikultur in weiten Teilen hinter unseren eigenen Ansprüchen zurückbleiben. Zu oft wurden Personal- vor Sachfragen gestellt und parteiinterne Kämpfe auf Kosten strategischer Klarheit geführt. Eine fehlende Verankerung in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Organisationen wie den Gewerkschaften führt zudem zu mangelnder Präsenz in den Lebenswelten vieler Menschen. Gleichzeitig rauben intransparente Entscheidungen und Strukturen innerhalb der Partei vielen Neumitglieder und langjährigen Genoss:innen die Lust, selbst mitzugestalten. Wir müssen einen Debattenraum schaffen, in dem laufend inhaltliche Konzepte und Ideen unter Beteiligung aller Mitglieder und Amtsträger:innen diskutiert werden. Kooperative Parteiarbeit bedeutet, dass jedes Mitglied entsprechend seiner Möglichkeiten und Interessen mitwirken und sich entwickeln kann. Die Führung unserer Partei versteht Parteiarbeit als Teamarbeit, bei der alle Rollen übernehmen können. Ämterhäufungen sorgen dafür, dass Türen für Beteiligung verschlossen werden, weshalb wir eine faire Verteilung von Ämtern anstreben. Mit den

vorgeschlagenen Mitgliederkonventen wollen wir bewusst auf barrierearme und pragmatische Formate setzen, die auch mit geringen Mitteln die Partizipation stärken, anstatt teure Hochglanz- Veranstaltungen zu inszenieren. Mit der Kreismitgliederversammlung wollen wir die demokratische Selbstwirksamkeit unserer Mitglieder stärken. Es muss einen Unterschied machen, SPD-Mitglied zu sein. Unsere Parteiarbeit ist auf Langfristigkeit ausgerichtet. Wir wollen explizit nicht als Wahlverein auftreten, der sich nur zeigt, wenn eine Wahl bevorsteht. Wir beteiligen uns daher an Demonstrationen und Veranstaltungen, sind ansprechbar und packen mit an. Unsere Amts- und Mandatsträger:innen sollen vorbildlich als Vertreter:innen der SPD auftreten, indem sie öffentliche Termine von Bündnispartnern wahrnehmen und eigenständig Öffentlichkeitsarbeit auch in den sozialen Medien betreiben. Wir wollen uns so weit öffnen, dass wir neben unseren Mitgliedern auch nahestehende Organisationen, Vereine und Bürgerbewegungen für Impulse einbinden. Politik gewinnt, wenn sie Haltung in Handeln übersetzt. Darum konzentrieren wir uns auf die Felder, in denen die Sozialdemokratie Vertrauen stiften kann. Die offenen Arbeitskreise sind ein zentrales Instrument, um das in unserer Partei vorhandene Fachwissen der Arbeitsgemeinschaften, Sachkundigen Bürger:innen und Mitglieder zu bündeln und so nachhaltig an Lösungen für die Stadt zu arbeiten. Daraus sollen sichtbare Projekte erwachsen, wie eine Tarif- und Vergabekultur, die gute Arbeit zur Norm macht. Diese Projekte bündeln wir in einem Erfurt-Plan 2030, an dem wir uns messen lassen. Die jährliche schriftliche Berichterstattung soll gewährleisten, dass unsere Mitglieder stets informiert sind und wir gemeinsam den Fortschritt verfolgen können. Mit diesem Beschluss machen wir die Partei wieder zur lebendigen Adresse für Ideen – getragen von vielen Köpfen und einer klaren sozialdemokratischen Erzählung. Wir sind überzeugt: Die SPD hat Erfurt nicht verloren.

## **A11 Erfurt+ Demokratie+ SPD = zu Hause**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	SPD Organisation

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt startet eine eigene Kampagne zum Kampf für Soziale Demokratie vor  
2 Ort und gegen Rechts. Die SPD Erfurt wirbt aktiv dafür, dass breite  
3 Bevölkerungsgruppen Teil der SPD werden und aktiv an unserer Demokratie  
4 mitwirken und die SPD bunt machen. Die SPD Erfurt will weltoffen, demokratisch,  
5 inklusiv und vielfältig sein und möchte frische Ideen, neue Gesichter und viele  
6 Hände erreichen.

7 Jeder Zeitpunkt ist ein guter Zeitpunkt und wenn nicht jetzt wann dann. Wir  
8 wollen unterschiedliche Gruppen in den Mittelpunkt unseres Handelns und Werbens  
9 stellen. Wir wollen den am stärksten von der gefährlichen, rechten Entwicklung  
10 betroffenen eine gute Freundin, ein guter Partner eine Parteifreundin sein. Wir  
11 wollen daher insbesondere um Neuerfurter, „People of Color“, Menschen  
12 unterschiedlicher Religionen, Menschen mit Behinderung und Menschen nicht  
13 heteronormativer Lebensweise sowie sozioökonomisch schwächer gestellte werben  
14 und ihnen unsere Hand reichen. Ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft wir  
15 alle sind Erfurt. Unsere SPD soll ein zu Hause sein, damit wir aktiv und  
16 gemeinsam die Politik vor Ort gestalten.

17 Es gilt Formate zu erarbeiten, die barrierearm und ansprechend konzipiert sind.

18 Es gilt Interessierte und Neumitglieder im Mentoring zu begleiten.

19 Es gilt Wege zu verfolgen, sodass Veranstaltungen und Mitgliedschaften für  
20 diejenigen, die es sich nicht leisten können kostenlos, kostenreduziert oder  
21 gefördert besucht bzw. wahrgenommen werden können.

### **Begründung**

*Die SPD ist vielerorts, deutsch, weiß, alt, männlich, eher christlich, mittelständisch, akademisch und spricht mit*

*sich selbst. Dies muss sich ändern, um wieder größere Teile der Bevölkerung zu erreichen*

## **A12 Für eine preisstabile, sozial gerechte und breit aufgestellte Energie- und Wärmeversorgung**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung

### **Antragstext**

Die SPD Erfurt beschließt als Leitbild eine preisstabile, sozial gerechte und breit aufgestellte Energie- und Wärmeversorgung. Der Kreisvorstand wird aufgefordert Erfurts Energieversorgung sozial und nachhaltig zu denken und seine Haltung darauf hin auszurichten. Insb. die SPD-Mitglieder des Stadtrats und seinen Ausschüssen werden aufgefordert, sich den Inhalten zu widmen, die im Weiteren näher spezifiziert sind.

Im Folgenden werden zielführende Maßnahmen vorgeschlagen und zu Handlungsfeldern gebündelt, welche im Sinne des Beschlusses / Antrags forciert werden sollen.

Es wird beschlossen die Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen eines kommunalpolitischen Forums im Frühjahr 2026 im Kreisverband weiter abzustimmen. Hierzu lädt der Kreisvorstand.

Diese Handlungsfelder sind:

#### **1. Ausbau, Festigung und Diversifizierung der Energieerzeugung, -verteilungs- und -speicher-Infrastruktur**

- Die kommunale Wärmeplanung wird zeitnah abgeschlossen und dient als verbindlicher Fahrplan. Darauf aufbauend legen SWE und Stadt bis zum nächsten Haushaltszyklus ein mehrjähriges Investitionsprogramm (Erzeugung, Speicher, Netze) vor.
- Nur ein diversifizierter Energiemix (bestehend aus Erzeugungsstrukturen und den richtigen Energievektoren - also elektrische Energie, Wärme oder auch chemische Energie in Form von Wasserstoff oder seiner Derivate) kann Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit gewährleisten. Hierzu sind technische konkrete Vorschläge:

- Die Stadtwerke Erfurt sollen die Energieerzeugung breit aufstellen (Geothermie, Biomasse, Solarthermie, Power-to-Heat, Abwärme).
- Geothermie wird als Zukunftsprojekt weiterentwickelt. Da der Ausgang (Fündigkeit/Ergiebigkeit) noch offen ist, wird parallel in Abwärme, Großwärmepumpen/Power-to-Heat, Solarthermie und saisonale Speicher. Für den Fall, dass Geothermie zeitlich verzögert oder nicht wirtschaftlich realisierbar ist, wird ein Plan B beschlossen: skalierbare Großwärmepumpen + Power to Heat, Abwärmequellen, Solarthermie-Felder mit Speicher und Netztemperatur-Absenkung, Einsatz von Solar- und Windenergieinvestiert; hocheffiziente KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) nur für Spitzenlast.

- Eine einseitige Fokussierung auf Wasserstoff in der Fernwärme würde Erfurt in neue Abhängigkeiten treiben und unkalkulierbare Kostenrisiken bergen. Hier muss auch der Gasnetzbedarf ggf. neu evaluiert und angepasst werden

### 2. Energieerzeugung durch Kommune und Bürger:innen

- Unterstützung bei Gründung und Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften, um Teilhabe und lokale Wertschöpfung zu stärken.
- Photovoltaik-Offensive: Auf allen von der Stadtverwaltung bewirtschafteten Dächern sollen PV-Anlagen installiert werden, soweit technisch und wirtschaftlich möglich. Vorrangig sollen Dachflächen genutzt werden, danach Parkflächen und Lärmschutzanlagen sowie Konversions- und Gewerbeflächen. Parallel dazu wird das Stromnetz mit Trafos, Leitungen und Engpassmanagement ertüchtigt, damit regional erzeugter Strom direkt für Fernwärme mittels Power-to-Heat und Großwärmepumpen sowie für kommunale Verbraucher genutzt werden kann.

### 3. Klimaneutralität 2035

- Die Landeshauptstadt Erfurt bekennt sich zum Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden – im Einklang mit dem 1,5°-Ziel. Im Klimaschutzkonzept sind dafür Restbudgets an CO<sub>2</sub>-Emissionen festzulegen.
- Die SPD setzt sich dafür ein konkrete Reduktionspfade abzuleiten (vgl. Sektorenziele des Bundes, sie auch Abschnitt D)

### 4. Preis- und Sozialschutz, Transparenz.

- Preiskorridor für Fernwärme,



- sozial flankierende Maßnahmen (Beratung, Teilhabe/Mieterstrom, Härtefälle).
- Jährlicher Bericht zu Erzeugungsmix (hier: Erneuerbare-Energien-Anteile, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Preiswirkung und Projektfortschritt; Abweichungen mit Gegenmaßnahmen hinterlegen).

### Begründung

*Das Pariser Klimaschutzabkommen und die geringen verbleibenden Mengen an CO<sub>2</sub>, die wir weltweit noch ausstoßen dürfen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, verpflichten uns auch auf kommunaler Ebene zum Handeln. Erfurt hat mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 bereits Verantwortung übernommen und schafft damit Planungssicherheit für die kommenden Jahre. Dieses Ziel muss von der SPD Erfurt konsequent unterstützt und aktiv vorangetrieben werden, um Energiewende und insbesondere Wärmewende langfristig bezahlbar, sozial verträglich und technisch weitsichtig umzusetzen.*

*Gleichzeitig verliert Erfurt durch den Import fossiler Energieträger für Wärme und Strom jedes Jahr einen hohen zweistelligen Millionenbetrag an regionaler Wertschöpfung. Diese Mittel fließen aus der Stadt ab, anstatt in Arbeitsplätze, Infrastruktur und soziale Projekte vor Ort investiert werden zu können. Fossile Abhängigkeiten bedeuten zudem erhebliche Preisrisiken auf den internationalen Märkten, auf die wir kaum Einfluss haben. Besonders betroffen sind die rund 48.000 Fernwärme-Haushalte in Erfurt – fast die Hälfte aller Haushalte der Stadt –, die größtenteils zur Miete leben und auf verlässliche, langfristig bezahlbare Energiepreise angewiesen sind.*

*Die Abhängigkeit von fossilen Energien gefährdet nicht nur die soziale Sicherheit, sondern schränkt auch den Handlungsspielraum zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels drastisch ein. Deshalb muss die kommunale Wärmeplanung als erster Schritt durch konkrete Investitionen ergänzt werden. Das geplante Geothermieprojekt ist dabei ein wichtiges Zukunftsvorhaben, dessen Ausgang jedoch noch offen ist. Um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern, braucht es deshalb parallel einen Plan B: mit Abwärmenutzung, Großwärmepumpen, Power-to-Heat und saisonalen Speichern.*

*Mit einem klaren Bekenntnis zur Klimaneutralität bis 2035 verbinden wir Klimaschutz, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung – und machen Erfurt unabhängiger, gerechter und zukunftsfähiger.*

*KI-Transparenzhinweis: Teile dieser Texte wurde mit Hilfe von KI (hier ChatGPT 5.0) erstellt. Dabei wurden die inhaltlichen Punkte stichpunktartig eingegeben und ein Grundtext durch die KI erstellt. Dieser Text wurde im Nachgang durch die Autor:innen redigiert und in die finale Form gebracht*

## A13 Engagementorientierte Ausgabenplanung

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation

### Antragstext

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. **Finanzielle Priorität für die Basisarbeit** Der zukünftige Kreisvorstand wird aufgefordert, die Bewirtschaftung der Finanzen so zu gestalten, dass das Engagement der Mitglieder und Ortsvereine gefördert wird. Die Mittel sollen in erster Linie für Aktionen, Veranstaltungen, Ausstattung und Materialien der Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung stehen. Das Parteileben soll so kostengünstig und unkompliziert wie möglich von den Gliederungen und Mitgliedern gestaltet werden können.
2. **Schaffung von Räumen für Teilhabe und Inklusion** Um die Hürden für ehrenamtliches Engagement zu senken, soll der Kreisvorstand die Nutzung von Räumen finanziell fördern und aktiv unterstützen. Das kann durch die Anmietung eigener, barrierefreier Räume geschehen, aber auch durch die Bereitstellung finanzieller Mittel, die es Gliederungen und Mitgliedern ermöglichen, kostengünstige oder kostenfreie Räume anderer Organisationen und Institutionen für ihre Veranstaltungen zu nutzen. Eine sichtbare Präsenz im Stadtgebiet stärkt die Wahrnehmung der SPD.
3. **Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit** Finanzielle Mittel sind dafür einzusetzen, dass die SPD Erfurt ihre Arbeit unabhängig von Spenden Einzelner und Mandatsträger gestalten kann. Dies sichert die Handlungsfähigkeit der Partei auch bei Mandatsverlusten. Eine transparente und effiziente Mittelvergabe soll sicherstellen, dass die knappen Ressourcen dort ankommen, wo sie die größte Wirkung entfalten: direkt bei den Mitgliedern.

### Begründung

Der Erfolg der SPD in Erfurt steht und fällt mit der Aktivität ihrer Mitglieder und Ortsvereine. Dieser Antrag zielt

darauf ab, die Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder zu verbessern und ihnen die notwendigen Mittel an die Hand zu geben, um vor Ort sichtbar und aktiv zu sein.

Die Basis stärken, Hürden senken: Wenn Mitglieder keinen einfachen Zugang zu Räumen, Materialien oder finanzieller Unterstützung haben, verpufft ihr Enthusiasmus. Groß angelegte Werbekampagnen und Hochglanzflyer können die fehlende Aktivität an der Basis nicht ersetzen. Dieser Antrag will die Hürden für das Engagement unserer Genossinnen und Genossen senken.

Barrierefreiheit als Inklusion: Die Bereitstellung von Räumlichkeiten ist nicht nur eine Frage der physischen Mobilität, sondern vor allem der sozialen Teilhabe und Inklusion. Viele Menschen, insbesondere finanziell schlechter gestellte Mitglieder oder junge Ehrenamtliche, haben keinen Zugang zu geeigneten Räumen für Treffen und Veranstaltungen. Die Mieten in zentraler Stadtlage sind oft unerschwinglich, was die Hürde für Engagement unnötig erhöht. Indem der Kreisverband die Nutzung von Räumen finanziell unterstützt, schafft er Orte der Begegnung, die Vertrauen und Zusammenhalt fördern. Es geht darum, eine Kultur zu schaffen, in der sich alle Mitglieder willkommen und befähigt fühlen, ihre Ideen einzubringen – unabhängig von ihrem Geldbeutel, ihrer Erfahrung oder ihrem sozialen Hintergrund.

Unabhängigkeit und strategische Handlungsfähigkeit: Eine Partei, die finanziell von der Unterstützung weniger Einzelner abhängig ist, gerät bei Mandatsverlusten schnell in eine Schieflage. Mit einer strategischen Finanzausrichtung sichern wir die nachhaltige Handlungsfähigkeit der Partei und ermöglichen ihr, auch in schwierigen Zeiten eigenständig zu agieren. Das stärkt nicht nur die Ortsvereine, sondern macht die SPD als verlässliche Kraft in der Stadt wahrnehmbar.

## **A14 Für eine inklusive und zugängliche SPD Erfurt**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag möge beschließen:

2 1. Verpflichtung zur Inklusion:

3 Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein, das Parteileben für Menschen in allen  
4 Lebenslagen zugänglich zu gestalten. Der Kreisverband und seine  
5 Gliederungen verpflichten sich, bei der Planung und Durchführung von  
6 Veranstaltungen Barrieren für die Teilhabe zu reduzieren und einen  
7 Schwerpunkt auf die Förderung von Inklusion zu legen.

8 2. Verantwortung des Kreisvorstands:

9 Der Kreisvorstand soll die Gliederungen bei der Umsetzung dieser Ziele  
10 unterstützen und dabei selbst als Vorbild für eine inklusive Parteiarbeit  
11 agieren. Dazu soll er sicherstellen, dass seine eigenen Formate und  
12 Veranstaltungen den Leitlinien einer zugänglichen Parteiarbeit folgen.

### **Begründung**

Die Aktivierung von Mitgliedern und das Gewinnen neuer Interessierter ist entscheidend für eine lebendige und starke Partei. Wenn die Hürden für die Teilnahme zu hoch sind, schließen wir weite Teile der Bevölkerung von unserer Arbeit aus. Die Barrieren, die es zu überwinden gilt, sind vielfältig und reichen von der zeitlichen und räumlichen Zugänglichkeit bis hin zu sozialen und finanziellen Aspekten.

Um eine inklusivere Parteiarbeit zu gewährleisten, sollten wir bei jeder Veranstaltungsplanung die folgenden Leitfragen berücksichtigen. Diese Fragen dienen als praktische Checkliste, die es uns ermöglicht, Barrieren bewusst zu machen und zu beseitigen.

- **Zeit und Ort:** Sind Zeit und Ort so gewählt, dass sie auch Menschen mit unterschiedlichen Berufs- und Lebenssituationen (z.B. Eltern, Schichtarbeiter:innen) die Teilnahme ermöglichen?

- **Teilhabe:** Ist der Zugang zum Veranstaltungsort barrierearm (physisch und digital)? Sind die Kosten für Teilnehmende gering oder werden sie übernommen (z.B. Verpflegung, Fahrtkosten)?
- **Familie und Fürsorge:** Haben wir an die Bedürfnisse von Eltern und Menschen gedacht, die andere pflegen? Wäre eine Kinderbetreuung oder eine Begleitung von Menschen mit Einschränkungen sinnvoll?
- **Sicherheit und Vielfalt:** Ist die Veranstaltung so gestaltet, dass sie für alle Teilnehmenden sicher ist, insbesondere für marginalisierte oder diskriminierte Gruppen?
- **Kommunikation:** Ist die Kommunikation (Einladungen, Informationen) zugänglich und leicht verständlich (z.B. durch einfache Sprache)? Wird die Zielgruppe rechtzeitig erreicht?
- **Organisation und Motivation:** Sind unsere internen Abläufe transparent, und sind Rollen im Team klar verteilt? Haben wir an die Motivation der Teilnehmenden und der Mitwirkenden gedacht?

Indem wir diese Fragen zur Routine machen, schaffen wir eine offene und einladende Partei. Das ist der Schlüssel, um neue Menschen zu erreichen und unser Parteileben nachhaltig zu stärken

## **A15 Initiative für saubere Stadtteile**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Ordnung und Sicherheit

### **Antragstext**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Stadtverwaltung eine Initiative für saubere Stadtteile startet.

Dabei ist auch die Perspektive der Beschäftigten zu berücksichtigen. Dazu gehören tarifgerechte Bezahlung, eine ausreichende personelle Ausstattung, verlässliche Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie die frühzeitige Einbindung von Beschäftigten und Personalvertretungen in Planung und Umsetzung. Die neue Initiative soll unter anderem umfassen:

- eine bessere Koordination von Stadtreinigung, Abfallentsorgung und Ordnungsbehörden,
- eine ausreichende Anzahl, Verteilung und Sichtbarkeit von Müllereimern,
- eine niedrighschwellige Entsorgung von Elektroschrott (z.B. durch ähnliche Container, wie es sie bei einer Kleider- und Textilspende gibt)
- regelmäßige Schwerpunktaktionen gegen wilde Müllablagerungen,
- die Prüfung von Prämien-Modellen oder Bürgerbudgets für Stadtteile unter Beteiligung der Bürger:innen, um Sauberkeit und Ordnung vor Ort gezielt zu fördern.

### **Begründung**

*Viele Erfurterinnen und Erfurter beklagen sich über Müll, Schmutz und unzureichende Reinigung in ihrem Wohnumfeld. Dies beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität, sondern auch das Erscheinungsbild der Stadt insgesamt.*

*Eine gezielte „Sauberkeitsoffensive“ erhöht die Attraktivität der Stadtteile, fördert das Verantwortungsgefühl*

*der Bürgerinnen und Bürger und stärkt das positive Bild Erfurts als lebenswerte Stadt.*

## **A17 Strategie für Handwerk und Industrie in Erfurt**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Wirtschaft

### **Antragstext**

Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der IHK, der Handwerkskammer, den Gewerkschaften und den Erfurter Schulen bestehende Maßnahmen bündelt und ausbaut und daraus eine wirksame Strategie für den Erhalt und die Ansiedlung von Handwerks- und Industriebetrieben entwickelt.

Mindestziele der Strategie sollen sein:

- (Meister-) Ausbildungsplätze langfristig zu sichern und neue zu schaffen,
- geeignete Flächen für Handwerk und Industrie in der Stadt zu sichern,
- bestehende Betriebe bei Modernisierung und Fachkräftegewinnung zu unterstützen,
- die Ansiedlung neuer Betriebe gezielt zu fördern.
- Die Maßnahmen in der Stadtgesellschaft zu kommunizieren.
- Tarifbindung und Mitbestimmungsrechte der neu zu schaffenden und zu erhaltenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu sichern,
- gute Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen und langfristige Arbeitsplatzsicherheit zu gewährleisten,
- den Ausbau von Azubi-Wohnheimen und -WGs in Erfurt voranzutreiben sowie die Ausstattung bestehender Unterkünfte zu verbessern, unter Beteiligung der Ausbildungsbetriebe an der Finanzierung.



### **Begründung**

*Erfurt darf sich nicht einseitig auf Verwaltung, Logistik und Dienstleistungen beschränken. Handwerk und Industrie sichern gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze, tragen erheblich zu Steuereinnahmen bei und bilden eine stabile wirtschaftliche Grundlage für die Stadt.*

*Die Sicherung von Gewerbeflächen, die Förderung moderner Ausbildungsangebote und die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Wirtschaft und Gewerkschaften sind entscheidend, um Erfurt als starken Wirtschaftsstandort auch in Zukunft zu erhalten.*

## **A18 Beschleunigung des Glasfaserausbaus in der gesamten Stadt Erfurt**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

- 1 Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 Glasfaserausbau als wichtiges Element für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit der
- 3 Stadt Erfurt beschleunigt wird.

### **Begründung**

*Da der eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau in der Finanzierung und Realisierung durch private Unternehmen kommt nur sehr schleppend vorankommt, ist nach Wegen für eine Beschleunigung des flächendeckenden Ausbaus zu suchen.*

## **A19 Kunst- und Kultur Unterstützungskarte**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Kultur  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Der Kreisverband der SPD Erfurt setzt sich über die Stadtratsfraktion für die  
2 Einführung einer Kunst- und Kultur-Unterstützungskarte ein, die es Menschen mit  
3 geringen Einkommen einfach ermöglicht, Kunst- und Kulturveranstaltungen zu  
4 besuchen.

5 Diese Karte könnte z.B. an Inhaber eines Sozialausweises für einen Euro  
6 ausgegeben werden. Für Kunst- und Kulturveranstaltungen würde dann nur noch  
7 einen Euro Eintritt (Kinder 50 Cent) gezahlt werden. Dabei sollen bestehende  
8 Angebote berücksichtigt werden.

### **Begründung**

563 Euro ist der aktuelle Bürgergeld-Regelsatz für Alleinstehende. Ein Besuch im Kino, Theater oder einem Konzert erscheint da oft unbezahlbar und fällt als erstes flach. Betroffene sagen Freunden ab, wenn die ausgehen wollen und gehen oft immer weniger unter Leute. Erst arm, dann einsam.

Die „Kunst-und-Kultur-Unterstützungs-Karte“ – kurz Kukuk in Osnabrück zeigt, wie hier geholfen werden kann. Wer eine Transferleistung bezieht, zum Beispiel Bürgergeld, kann diese Karte für einen Euro bekommen. Und zahlt dann für Kulturveranstaltungen nur noch einen Euro Eintritt (Kinder 50 Cent).

## **A20 Einsatz von KI in der Parteiarbeit**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Altstadt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

- 1 Der Kreisvorstand erarbeitet einen Codex zum Einsatz von KI in der Parteiarbeit,  
2 der neben Aspekten des Datenschutzes u.a. auch Grundsätze zur Ethik und  
3 Transparenz enthalten soll. Dazu richtet der Kreisvorstand eine entsprechende  
4 Arbeitsgruppe ein.
- 5 Der Codex ist auf dem Kreisparteitag 2026 zu beschließen

### **Begründung**

*Der Einsatz von KI wird auch für die Parteiarbeit immer mehr zum Thema und kann diese auch bereichern. KI ist aber genau so ein weites Feld. Es gibt zahlreiche allgemeine und spezielle Sprachmodelle.*

*Um diese guten Gewissens einsetzen zu können, brauchen wir eine Vereinbarung darüber, wie wir diese einsetzen, die ausgegebenen Ergebnisse bewerten bzw. reflektieren. Ebenso muss die Frage geklärt werden, wo und wie wir den Einsatz von KI transparent angeben.*

*Daneben braucht es nicht nur ein Bewusstsein dafür, dass wir, in dem wir KI-Modelle nutzen, diesen immer auch Daten zu Verfügung stellen und müssen klären, wie wir damit umgehen wollen.*

## **A21 Ausbau der Schulsozialarbeit in Erfurt**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

- 2 1. Die SPD Erfurt setzt sich für den deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit  
3 an allen Erfurter Schulen ein.
- 4 2. Ziel ist, dass jede Schule über ausreichend Fachkräfte verfügt, um  
5 Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften kontinuierliche Unterstützung  
6 anbieten zu können.

### **Begründung**

Schulsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Bildung. Sie stärkt Kinder und Jugendliche im Alltag, unterstützt Familien, entlastet Lehrkräfte und trägt zur Prävention von Konflikten, Gewalt und Schulabbrüchen bei.

Gerade in Erfurt mit seiner sozialen Vielfalt sind viele Schulen auf diese Hilfe dringend angewiesen. Die Nachfrage nach Unterstützung wächst durch psychische Belastungen, Folgen der Pandemie und wachsende soziale Unterschiede. Schulsozialarbeit sorgt für Chancengleichheit, Integration und bessere Lernbedingungen.

Die SPD Erfurt fordert deshalb: Keine Schule ohne ausreichende Schulsozialarbeit.

## **A22 Digitalisierung entkoppeln – Schulsanierung beschleunigen**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Bildung

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

#### **1. Digitale Infrastruktur sofort umsetzen**

- Schnelles WLAN und zeitgemäße digitale Ausstattung sollen in allen Schulen unverzüglich eingerichtet werden – unabhängig davon, ob und wann eine umfassende Sanierung stattfindet.
- Fördermittel aus dem Digitalpakt müssen konsequent und ohne Verzögerung abgerufen werden.

#### **2. Schulsanierung und Flächenausbau beschleunigen**

- Schulgebäude und Klassenräume, die baulich veraltet oder flächenmäßig zu klein sind, müssen prioritär saniert und erweitert werden.
- Ziel ist, dass Unterrichtsräume den pädagogischen Standards (ca. 2 m<sup>2</sup> pro Schüler:in) entsprechen und gesundes, modernes Lernen ermöglichen.
- Die Stadt entwickelt dazu einen verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplan.

#### **3. Interessen von Schüler:innen und Eltern einbinden**

- Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte sind eng in die Prozesse von Digitalisierung, Sanierung und Ausbau einzubeziehen. Ihre Rückmeldungen zu Bedarfen, Erfahrungen und Prioritäten sind einzuholen und in die Planungen einzubeziehen. Dafür schafft die Stadt transparente Kommunikationswege (z. B. Beteiligungsforen, Feedbackrunden, digitale Umfragen).

### **Begründung**

Digitale Bildung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Die bisherige Praxis, digitale Ausstattung an eine Gesamtsanierung zu koppeln, führt dazu, dass ganze Jahrgänge auf schnellen Internetzugang, WLAN und digitale Lernmittel verzichten müssen. In Erfurt zeigt sich, dass Schulen bereits unabhängig von Sanierungen erfolgreich digitalisiert werden konnten. Eine weitere Verzögerung benachteiligt Schüler:innen und verstößt gegen den Anspruch auf chancengerechte Bildung.

Flächenausbau ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Viele Erfurter Schulen sind baulich nicht auf die aktuellen Schülerzahlen ausgelegt. Die zur Verfügung stehende Fläche pro Kind ist zu gering, Klassenräume sind überfüllt und nicht lernförderlich. Die Argumentation, der demografische Wandel werde dieses Problem bald von selbst lösen, ist zynisch: Sie bedeutet, dass die derzeitige Schülergeneration die Versäumnisse politischer Entscheidungsträger ausbaden soll. Das lehnt die SPD Erfurt klar ab.

## **A23 Beschlusslage online stellen - einfache Recherche für alle Genossen**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Nord  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

- 1 Der Kreisparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD Erfurt stellt öffentlich eine Sammlung aller Beschlüsse dieses
- 3 Kreisparteitages und zukünftiger Kreisparteitage in durchsuchbarer Form auf
- 4 einer digitalen Plattform (Beispiel: Webseite des Kreisverbands) bereit. Eine
- 5 Bereitstellung als PDF-Dateien ist ausreichend. Beschlüsse vergangener
- 6 Kreisparteitage sollen ebenfalls mind. ab 2019, besser ab 2015 bereitgestellt
- 7 werden.

### **Begründung**

Sich einen umfassenden Überblick über die Beschlusslage der Erfurter SPD zu verschaffen, ist derzeit ein aufwendiges Unterfangen. Die Beschlüsse nicht über das Internet zu publizieren, erscheint im Informationszeitalter nicht mehr zeitgemäß. Durch eine einfache Recherchierbarkeit der gefassten Beschlüsse kann eine höhere Motivation der Mitglieder für die inhaltliche Mitarbeit durch den Wegfall dieser Eintrittsbarriere erreicht werden. Zudem kann bei der Formulierung von Forderungen auf vorhandenem Wissen aufgebaut werden, was die Qualität der Antragstexte steigern wird. Damit trägt dies auch zur Reduzierung der Arbeitsbelastung der Antragskommission bei.



## **A24 Die SPD Erfurt bezieht Position**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt muss soziale Fragen wieder kompromisslos in den Mittelpunkt ihrer  
2 Arbeit stellen – auf allen Ebenen. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass sich alle  
3 Menschen in unserem Land ein gutes Leben leisten können. Wir stellen die großen  
4 und kleinen Gerechtigkeitsfragen in den Mittelpunkt – in Erfurt, in Thüringen  
5 und im Bund.

6 Soziale Politik endet nicht an der Stadtgrenze. Unsere Verantwortung als SPD  
7 Erfurt reicht weit über die Kommunalpolitik hinaus. Deshalb fordern wir nicht  
8 nur unsere Stadtratsfraktion, sondern ebenso alle unsere Mandatsträger:innen im  
9 Thüringer Landtag und im Deutschen Bundestag auf, nach dieser Maxime zu handeln  
10 und abzustimmen. Jede Entscheidung – ob im Stadtrat, im Landtag oder im  
11 Bundestag – muss daran gemessen werden, ob sie mehr soziale Sicherheit, mehr  
12 Teilhabe und mehr Gerechtigkeit schafft.

13 Wir dulden keine Politik, die die Schwächeren vergisst oder Ungleichheit  
14 vertieft. Wir erwarten von allen Genoss:innen in Ämtern und Mandaten, dass sie  
15 sich dem sozialen Auftrag unserer Partei verpflichtet fühlen und dass sie vor  
16 allem für bezahlbares Leben, für gute Arbeit, für bezahlbaren Wohnraum, für  
17 Bildungsgerechtigkeit und für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge eintreten.  
18 Das soll nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch ganz konkret in ihrem  
19 Abstimmungsverhalten erkennbar werden.

20 Wir sagen klar: Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit – oder sie ist  
21 keine SPD. Deshalb fordern wir, dass wir als SPD Erfurt auf allen politischen  
22 Ebenen bei entsprechenden Debatten geschlossen auftreten, konsequent handeln und  
23 uns dabei immer an einem Maßstab messen lassen: Dient diese Entscheidung den  
24 Menschen, den wir versprochen haben sie zu vertreten – oder nicht?

25 Wir kämpfen für Verbesserungen für die 90 Prozent, nicht für die 10 Prozent. Wir  
26 kämpfen für ein Land, in dem niemand zurückgelassen wird. Und wir tun das  
27 gemeinsam – in Erfurt, in Thüringen und im Bund.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **A25 Erfurt braucht mehr Multifunktionssportanlagen**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Süd  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Sport & Freizeit in Erfurt

### **Antragstext**

- 1 Der Kreisparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD Erfurt fordert die Stadtratsfraktion auf, nach geeigneten Standorten für  
3 Ersatzneubauten von Multifunktions-Sportanlagen inklusive Umkleide- und  
4 Vereinsräumen zu suchen. Die vorhandenen Sportanlagen in Erfurt sind stark  
5 überlastet. Teilweise müssen sich drei bis sechs Vereine denselben Platz für  
6 Trainings- und Spielbetrieb teilen.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **A28 Parteiarbeit digital souverän gestalten**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Nord  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag möge beschließen:

2 Der SPD Kreisverband Erfurt stellt sich hinter die Forderungen des Leitantrags  
3 des Bundesparteitags 2025 hinsichtlich der Schaffung entlastender Strukturen für  
4 die Ortsvereine durch die Bereitstellung digitaler Tools. Dabei berücksichtigt  
5 der Kreisverband die auf dem Landesparteitag 2023 im Regierungsprogramm  
6 beschlossenen Grundsätze zur Netzpolitik und Datensouveränität. Der Kreisverband  
7 wird evaluieren, inwiefern den Mitgliedern eine diesen Grundsätzen genügende  
8 digitale Plattform zur gemeinsamen Arbeit an Dokumenten wie zum Beispiel  
9 Antragstexten bereitgestellt werden kann.

### **Begründung**

Die Vorteile einer digitalen Plattform zum kollaborativen Arbeiten bedürfen kaum einer Erläuterung. Da es leider keine von der SPD bereitgestellte Plattform zu geben scheint, müssen die Mitglieder in ihrer Not auf solche Dienste wie Google Docs zurückgreifen. Da die Plattformen der Big-Tech Firmen eine umfangreiche Analyse des Verhaltens der Nutzer und deren erstellter Inhalte betreiben (aktuell ist davon auszugehen, dass alle Daten auch zum Training von sog. Künstlicher Intelligenz benutzt werden), ist die Nutzung dieser Dienste problematisch. Digital souveräne Alternativen aus der Open-Source-Welt sind aber verfügbar. Insbesondere im Umfeld der öffentlichen Verwaltung und der Hochschulen wird Software wie Nextcloud verwendet, um allen Anforderungen an den Schutz der Nutzerdaten gerecht zu werden. Es stehen genügend in Deutschland ansässige Dienstleister bereit, um solch eine digital souveräne Plattform für einen geschlossenen Nutzerkreis zu betreiben.

In Bezug auf den Antrag "Beschlusslage online stellen - einfache Recherche für alle Genossen" ergäbe sich mit einer solchen Austauschplattform auch die einfache Möglichkeit allen Mitgliedern nicht-öffentlich Dokumente zur Verfügung zu stellen.

## **A29 Reform der Ausländerbehörde Erfurt – Menschenwürde ins Zentrum, vollständigen Leistungsentzug verhindern**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

Die Würde des Menschen ist unantastbar – dieser Grundsatz gilt ohne Einschränkung für alle Menschen. Er gilt für deutsche Staatsbürger:innen ebenso wie für Schutzsuchende, Geflüchtete und Migrant:innen. Die aktuelle Praxis der Ausländerbehörde Erfurt wird diesem Anspruch in vielen Punkten nicht gerecht.

Berichte über unerträglich lange Wartezeiten, kaum erreichbare Terminvergaben, die Verweigerung elektronischer Aufenthaltstitel zugunsten diskriminierender „Papierlösungen“, pauschale Arbeitsverbote und in einzelnen Fällen sogar der vollständige Entzug von Sozialleistungen zeigen eine strukturelle Schieflage. Letzteres ist besonders gravierend, denn die vollständige Streichung existenzsichernder Leistungen verletzt das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 und 20 GG) und verstößt gegen europäisches Recht.

Mittlerweile haben mindestens 60 Eilbeschlüsse von Sozialgerichten bundesweit die Unzulässigkeit des Leistungsausschlusses nach § 1 Abs. 4 Nr. 2 AsylbLG (Dublin-Fälle) festgestellt. Die Gerichte sehen darin voraussichtlich eine Verletzung der Menschenwürde und der EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU. Besonders betont wird, dass eine „freiwillige Ausreise“ im Dublin-Verfahren faktisch nicht möglich ist und formale Voraussetzungen oft nicht erfüllt werden. Auch für anerkannte Schutzberechtigte (§ 1 Abs. 4 Nr. 1 AsylbLG) gibt es positive Beschlüsse.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- 1. Abschaffung jeglicher Praxis des vollständigen Leistungsentzugs in Erfurt** – das Existenzminimum muss ausnahmslos gesichert bleiben, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

- 25        2.    **Vollständige Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT)** für alle  
26           Schutzstatusgruppen.
- 27        3.    **Digitale Terminvergabe mit Statusnachverfolgung** und transparenten  
28           Bearbeitungszeiten.
- 29        4.    **Unabhängige Ombudsstelle**, an die sich Betroffene bei Willkür oder  
30           Rechtsverletzungen wenden können.
- 31        5.    **Dauerhafte Besetzung aller Planstellen** und kurzfristige Verbesserung der  
32           räumlichen Infrastruktur.
- 33        6.    **Schulung aller Mitarbeitenden** in menschenrechtsbasierter Verwaltungspraxis  
34           und interkultureller Kompetenz.
- 35        7.    **Integration statt Abschreckung** – Ende pauschaler Arbeitsverbote, Förderung  
36           von Sprachkursen und Arbeitszugängen.
- 37        8.    **Wöchentliche Sprechzeiten in der Ausländerbehörde** – um im Dialog Fragen zu  
38           besprechen, bevor sie zu Problemen werden.

39    Die Ausländerbehörde ist oft die erste Schnittstelle zwischen Schutzsuchenden  
40    und unserer Stadt. Die Art und Weise, wie Menschen dort behandelt werden, prägt  
41    ihr Vertrauen in unsere Gesellschaft. Eine Verwaltung, die Menschen monatelang  
42    im Ungewissen lässt, ihnen Informationen verweigert oder sogar ihre  
43    Existenzgrundlage entzieht, verstößt nicht nur gegen Gesetze, sondern untergräbt  
44    den sozialen Frieden.

45    Wir fordern daher eine sofortige Reform der Ausländerbehörde Erfurt.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **A30 Seite an Seite – SPD & Gewerkschaften**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt bekennt sich klar zu einer starken, verbindlichen und  
2 vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Wir verstehen uns als  
3 politische Stimme der Beschäftigten und ihrer Interessen – in Erfurt, in  
4 Thüringen und im Bund. Die Forderungen der Gewerkschaften sind für uns nicht nur  
5 ein Thema am Rande, sondern ein Auftrag, der unser politisches Handeln bestimmt.  
6 Ihre Kämpfe sind unsere Kämpfe, wir tragen ihre Anliegen von der Straße in die  
7 Parlamente – in jeder Koalition, in die wir eintreten – kämpfen wir konsequent  
8 für ihre Umsetzung.

9 Wir wissen, dass die SPD ihre historischen Wurzeln als Partei der  
10 Arbeiterbewegung nur dann glaubwürdig lebt, wenn wir dieses Bündnis mit den  
11 Gewerkschaften nicht nur beschwören, sondern aktiv gestalten. Gemeinsam wollen  
12 wir das Bündnis aus Gewerkschaften und SPD – die Partei der Arbeiterklasse –  
13 wieder stark machen.

14 Wir sind uns bewusst, dass wir in den letzten Jahren, mit vielen politischen  
15 Entscheidungen Vertrauen verspielt haben. Wir sprechen dies offen aus, weil es  
16 notwendig ist, für einen glaubwürdigen Neuanfang. Wir setzen aktiv Ressourcen,  
17 Energie und politische Kraft ein, um dieses Vertrauen auch hier in Erfurt  
18 Schritt für Schritt zurückzugewinnen.

19 Wir schreiten dabei nicht nur inhaltlich, sondern auch praktisch Seite an Seite  
20 mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in den  
21 Tarifauseinandersetzungen, in den Streiks und in den Kampagnen für gute Arbeit,  
22 faire Löhne und soziale Sicherheit. Dafür werden wir in Erfurt stattfindende  
23 Streiks solidarisch begleiten und auch bei den Streikposten anwesend sein.

24 Wir setzen als SPD Erfurt die klare Botschaft: Wir kämpfen für die Interessen  
25 der arbeitenden Menschen. Wir machen Politik nicht über ihre Köpfe hinweg,  
26 sondern mit ihnen. Und wir sagen deutlich: Ein starkes Erfurt und ein gerechtes  
27 Land gibt es nur mit starken Gewerkschaften. Deswegen kämpfen wir als SPD Erfurt

28 mit ihnen gemeinsam.

### **Begründung**

erfolgt mündlich



## **A31 Situation von Wohnungslosen Menschen in Erfurt verbessern**

Gremium: Kreisparteitag  
Beschlussdatum: 27.09.2025  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die SPD Erfurt stellt fest, dass Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in Erfurt drängende Probleme sind, die auch in städtischer Verantwortung und Handlungsfähigkeit liegen. Menschen ohne Wohnung oder Obdach aus dem Sichtfeld an den Rand der Stadt zu drängen, kann keine Lösung sein.

Der Kreisverband der SPD Erfurt fordert die Stadtratsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass die Stadtverwaltung:

1. eine umfassende Bestands- und Bedarfsanalyse zur Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen in Erfurt erstellt,
2. einen Aktionsplan zu Wohnungsnot und Obdachlosigkeit erarbeitet, veröffentlicht und umsetzt, der insbesondere die besonderen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt,
3. geeignete Maßnahmen ergreift, um wohnungslosen Menschen niedrigschwellig helfen zu können. Dazu gehören insbesondere:
  - Ausbau und Sicherstellung ausreichender Gewährleistungswohnungen für Einzelpersonen und Familien,
  - adäquate Not- und Übergangsunterkünfte mit maximal Zwei-Bett-Zimmern bzw. Einzelzimmern, um Rückzugsmöglichkeiten und Privatsphäre zu sichern,
  - Notunterkünfte mit der Möglichkeit zur Unterbringung von Haustieren,
  - mehr öffentliche (kostenfreie) Schließfächer und sanitäre Einrichtungen in der Innenstadt,
  - mehr Schutzräume und Anlaufstellen speziell für Frauen,
  - mehr bezahlbaren Wohnraum in Erfurt für Menschen mit sehr geringen

finanziellen Mitteln; dabei soll die Stadt das Karlsruher Modell prüfen und einführen,

- langfristige Finanzierung von Wohnprojekten, insbesondere für den Übergang in eine eigene Wohnung,
- Ausbau und Verstärkung der Streetwork-Angebote im Erwachsenenbereich (ab 27 Jahren) durch ausreichende finanzielle Mittel und zusätzliche Stellen,
- Sicherstellung, dass die geplante Wohnungsbaukoordinatorin auch den Bereich Wohnungslosigkeit mit im Blick hat und Schnittstelle zur Wohnungsnotfallhilfe ist.

### Begründung

Die Zahl der von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffenen Menschen in Erfurt steigt, u. a. durch den Wegfall von Rückzugsorten wie dem Schlachthof-Areal. Hinzu kommt, dass die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten und Streetwork-Angebote unzureichend sind. Gerade für Frauen ist die Situation besonders herausfordernd, da sie stärkeren Gefahren ausgesetzt sind und spezifische Bedürfnisse haben (z. B. in Bezug auf Schutzräume und Hygiene).

Die wiederkehrenden Brände auf dem ehemaligen Schlachthofgelände verdeutlichen zudem die Dringlichkeit, sichere und geeignete Angebote zu schaffen. Neben langfristigen Strategien im Rahmen eines Aktionsplans sind auch kurzfristige, konkrete Maßnahmen notwendig, um Betroffenen schnell und wirksam zu helfen.

Unter anderem bedarf es mehr mobiler personeller Sozialarbeit für Erwachsene Menschen ab dem 27. Lebensjahr. Derzeit gibt es 1 VbE für zwei Streetworker der Caritas und Diakonie. Zwei weitere Stellen sind aktuell durch die Stadt Erfurt ausgeschrieben und sollen zeitnah besetzt werden. Das ist allerdings bei weitem nicht ausreichend.

Ein wichtiger Ansatz zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann das Karlsruher Modell (Programm "Wohnraumakquise durch Kooperation") sein. Es handelt sich um eine Initiative der Karlsruher Wohnungs- und Sozialpolitik, die seit 2004 durch die Vernetzung von sozialen und wirtschaftlichen Akteuren versucht, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu verbessern. Ziel ist es, wohnungslose Menschen wieder in den regulären Wohnungsmarkt zu integrieren und ihnen eine dauerhafte Bleibe zu ermöglichen.

Der Ansatz setzt auf die Zusammenarbeit von privaten Vermietern, Sozialämtern und der Wohnungswirtschaft. Eine zentrale Herausforderung ist, dass Vermieter oft Vorbehalte und Unsicherheiten gegenüber Wohnungssuchenden haben. Das Karlsruher Modell reduziert diese Unsicherheiten, indem es Hürden senkt und Vermieter ermutigt, Wohnraum bereitzustellen. Dadurch erhalten Menschen in Not wieder eine eigene Wohnung und eine Perspektive auf dem Wohnungsmarkt.

## **A32 Erfurt muss fahrradfreundlicher werden!**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Stadtentwicklung

### **Antragstext**

#### **Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:**

1. Die SPD Erfurt bekennt sich klar zum Ziel: Erfurt wird endlich fahrradfreundlich!
2. Alle bisherigen Fortschritte beim Radwegeausbau, bei sicheren Kreuzungen und bei Abstellanlagen werden verteidigt und weiterentwickelt – ein Zurück darf es nicht geben!
3. Bei neuen Bau- und Infrastrukturprojekten gilt: Radverkehr mitdenken von Anfang an. Auch das bestehende Radwegenetz muss konsequent gepflegt und ausgebaut werden. Dabei richtet sich der Blick nicht allein auf sportliche Freizeitfahrten: Ebenso wichtig sind alltägliche Wege in der Stadt – etwa zum Einkaufen, zu Terminen oder mit Kindern und Fahrradanhänger.
4. Die Stadt Erfurt soll ein jährliches „Fahrrad-Barometer“ veröffentlichen, das zeigt: Wie sicher, wie attraktiv, wie komfortabel ist Radfahren in unserer Stadt?
5. Die SPD Erfurt setzt sich für eine Vision Zero ein: Keine Toten und Schwerverletzten im Rad- und Fußverkehr. Fußgänger und Radfahrer dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern beide müssen in ihrer Verletzlichkeit wahrgenommen werden!
6. Die Mitglieder der Stadtratsfraktion werden aufgefordert, diese Forderungen in Anträgen umzusetzen und nach Mehrheiten zu suchen.

### **Begründung**

Mobilität von morgen gibt es nur mit dem Fahrrad von heute.

Erfurt hat sich in den letzten Jahren auf den Weg zur Fahrradstadt gemacht. Tausende Menschen steigen täglich aufs Rad – für den Weg zur Arbeit, zur Schule, in die Uni oder zum Einkaufen. Sie tun etwas fürs Klima, für die Gesundheit und für die Lebensqualität in unserer Stadt. Für Erfurt liegt mit dem Verkehrsentwicklungsplan Rad bereits seit 2014 ein gutes Grundgerüst für die Radverkehrsplanung vor. Im Juni 2021 hat der Stadtrat den „Radentscheid“ angenommen und damit seine Ziele verbindlich gemacht. Mit zahlreichen Maßnahmen, beispielsweise dem Neubau des Promenadendecks, wurde viel für einen fließenden Fahrradverkehr erreicht.

Diese Erfolge sind nicht selbstverständlich. Es gibt Kräfte, die das Rad zurückdrängen wollen, die Straßen wieder voll mit Autos sehen möchten und Radwege in Frage stellen. Dem stellen wir uns als SPD entschieden entgegen.

Wer Erfurt klimaneutral, lebenswert und modern gestalten will, muss das Fahrrad stärken:

- Mehr Sicherheit auf den Straßen!
- Mehr Platz für Radwege statt Stillstand im Stau!
- Mehr Lebensqualität für alle – weniger Lärm, weniger Abgase, mehr Aufenthaltsqualität!

Wir wehren uns dagegen, dass versucht wird, Gefährdungen der Fußgänger auf den Fahrradverkehr zu reduzieren. Radfahrer sind zahlreichen Gefahren ausgesetzt: hohe Bordsteinkanten an Kreuzungen, plötzliche Unebenheiten, Löcher und Hindernisse auf dem Radweg – und so manche Bauarbeiten ohne frühzeitige Hinweise für den Radverkehr. Hier muss für mehr Sicherheit und Attraktivität für alle gesorgt werden.

Erfurt muss fahrradfreundlich bleiben – und noch fahrradfreundlicher werden. Dafür steht die SPD.

### **A33 Bädercard sozial gerecht**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Süd  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Sport & Freizeit in Erfurt

#### **Antragstext**

**Der SPD-Kreisparteitag fordert die SPD-Stadtratsfraktion auf, eine Initiative zu starten, die Erfurter Bädercard als nachlaufende Rabattkarte anzubieten.**

Die Stadtwerke Erfurt Bäder GmbH bietet für die Frei- und Hallenbäder der Stadt Erfurt eine Rabattkarte an. Diese kann wahlweise mit 50,- EUR oder 100,- EUR aufgeladen werden. Bei Zahlung des Eintritts mit der Bädercard werden 13% bzw. 15 % vom regulären Eintrittspreis erlassen. Diese grundsätzlich sinnvolle Form des Rabatts für Viel-Nutzende der Erfurter Bäderlandschaft steht allerdings nur Menschen offen, die sich eine solche Vor-Finanzierung leisten können, d.h. 50 EUR oder 100 EUR „übrig“ haben, um diese auf einer Rabattkarte zu parken. Menschen, die sich jeweils nur den einmaligen Eintritt leisten können, sind von dieser Form der Ermäßigung ausgeschlossen. Eine nachlaufende Rabattkarte, auf der die gezahlten Eintritte registriert werden und die jeweils nach dem Erreichen von 50 EUR verausgabter Eintrittsgelder einmal freien Eintritt gewährt, löst diese Ungerechtigkeit auf.

## **A34 Kostenfreien Museumseintritt familienfreundlich gestalten**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Kultur

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag fordert die SPD-Stadtratsfraktion auf, einen Antrag im  
2 Erfurter Stadtrat zu initiieren mit dem Ziel, die Tarifordnung für die Erfurter  
3 Museen dahingehend zu ändern, den kostenfreien Eintritt in Erfurter Museen vom  
4 ersten Dienstag im Monat auf einen Wochenendtag zu legen und damit insbesondere  
5 Familien, Kindern und Jugendlichen die Nutzung dieses Tages zu erleichtern.  
6 Außerdem soll der Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren zukünftig  
7 grundsätzlich kostenfrei sein.

8  
9 Museen sind niedrigschwellige Bildungsangebote, die gerade für Kinder oft erste  
10 Erlebnisse mit Bildung außerhalb des Elternhauses ermöglichen. Der von der Stadt  
11 Erfurt angebotene kostenfreie Eintritt in Erfurter Museen einmal im Monat ist  
12 grundsätzlich ein gutes Angebot. Mit seiner Terminierung am ersten Dienstag im  
13 Monat und damit mitten in der Woche, ist es aber für Familien mit Kindern  
14 aufgrund beruflicher Verpflichtungen der Eltern und des Schulbesuchs der Kinder  
15 ein ungünstiger Tag. Nur ein Tag am Wochenende ermöglicht allen auch die Nutzung  
16 dieses Angebotes als Familie. Die grundsätzliche Kostenfreiheit des Eintritts  
17 für Kinder bis 18 Jahren soll diesen den Zugang zur Erfurter Museumslandschaft  
18 erleichtern.

## **A35 Keine Menschenverachtung auf den Erfurter Märkten und Veranstaltungen**

Antragsteller\*in: SPD OV Erfurt-Süd  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Wirtschaft  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt setzt sich mit den ihr möglichen Instrumenten dafür ein, dass die  
2 Marktordnung der Stadt Erfurt dahingehend angepasst wird, das auf Märkten und  
3 Veranstaltungen, die auf städtischem Grund bzw. mit städtischer Genehmigung  
4 stattfinden, menschenverachtende und rassistische Bezeichnungen für angebotene  
5 Waren ausgeschlossen werden. Insbesondere wird die SPD-Stadtratsfraktion  
6 aufgefordert, eine Initiative zu starten, die dies bei zukünftigen  
7 Ausschreibungen berücksichtigt und bereits für 2025 untersagt.

### **Begründung**

Als besonders perfides Beispiel für eine solche menschenfeindliche Bezeichnung kann ein als "Lumumba" bezeichnetes Getränk angesehen werden. Patrice Lumumba war der erste Premierminister des Kongo nach der Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialherrschaft 1960. Nach einem von der ehemaligen Kolonialmacht und vermutlich der CIA initiierten Putsch wurde Lumumba Anfang 1961 ermordet. Vermutlich fand es nach diesem Mord jemand witzig, einen Kakao mit der Zugabe von hochprozentigem Alkohol, umgangssprachlich auch als „Schuss“ bezeichnet, „Lumumba“ zu nennen. Leider hat sich diese zutiefst menschenfeindliche und rassistische Bezeichnung weit verbreitet. Auch wenn die Weihnachtsmärkte nicht zwingend einen christlichen Charakter aufweisen oder mit ihrer Konsumausrichtung keine besondere Nähe zum Weihnachtsfest haben, so widerspricht auch der Hintergrund des Weihnachtsfestes einer solchen menschenfeindlichen Bezeichnung eines dort angebotenen Getränks.

## **A36 Zukunft statt Stillstand: Thüringenhalle 2.0 - Perspektiven für Erfurts Sport- und Kulturhalle**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Süd  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Kultur  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

2 1. Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein schnellstmöglich ein Gesamtkonzept für  
3 die Zukunft der Thüringenhalle und mögliche Alternativen vorzulegen.

4 2. Dieses Konzept soll auf Grundlage einer ergebnisoffenen Machbarkeitsstudie  
5 die Optionen *Sanierung, Neubau oder Ersatz durch eine Multifunktionshalle*  
6 untersuchen und ein transparentes Anforderungsprofil entwickeln. Dabei sind die  
7 finanziellen Belastungen ebenso zu berücksichtigen wie die Bedarfe von Sport,  
8 Kultur und Stadtgesellschaft. In die Erarbeitung sind die Vereine,  
9 Kulturinstitutionen, Ortsteilbürgermeister sowie die Bürgerschaft einzubeziehen.

10 3. Die SPD Erfurt bekennt sich dazu, dass Erfurt eine zukunftsfähige Lösung für  
11 Veranstaltungen mittlerer Größe (2.000–4.000 Gäste) benötigt, die die bestehende  
12 Lücke zwischen kleinen Kulturstätten und der Messe schließt und zugleich  
13 zusätzliche Hallenzeiten für den Sport schafft.



## **A37 Stadtumbau Erfurt-Südost: Chance ergreifen – Lebensqualität für 25.000 Menschen verbessern!**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Süd gemeinsam mit  
SPD Ortsverein Erfurt-Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag der SPD Erfurt möge beschließen:

2 1. Die SPD Erfurt bekennt sich klar und unmissverständlich zum Stadtumbau  
3 Erfurt-Südost und zum Projekt „Neue Mitte Südost“. Der Kreisverband unterstützt  
4 die Forderung an den Erfurter Stadtrat, die Planungen des Architekturbüros zu  
5 bestätigen und die Umsetzung zügig einzuleiten.

6 2. Die SPD Erfurt setzt sich auf allen Ebenen – kommunal, landes- und  
7 bundespolitisch – dafür ein, dass die zugesagten Fördermittel von Bund und Land  
8 (43,5 Mio. €) verlässlich abgerufen und die Finanzierungslücken im städtischen  
9 Haushalt sozialverträglich gedeckt werden.

10 3. Die SPD Erfurt unterstützt die SPD-Stadtratsfraktion darin, das Vorhaben aktiv  
11 zu begleiten und den Prozess konstruktiv zu beschleunigen.

### **Begründung**

Erfurt darf den Südosten nicht abhängen. Die Menschen in Melchendorf, Wiesenhügel und Herrenberg haben Anspruch auf die gleiche Lebensqualität, Sicherheit und Attraktivität wie alle anderen Stadtteile. Der Erfurter Südosten ist keine Problemzone: Hier steckt Zukunft, hier leben 25.000 Menschen, hier schlägt auch das Herz unserer Stadtgesellschaft.

Mit dem Projekt „Neue Mitte Südost“ haben wir die einmalige Chance, diesen Stadtteil zu einem Ort der Begegnung, der Würde und des Zusammenhalts zu machen. Wo heute Zäune, Brücken, Tunnel und fehlende Straßen trennen, können morgen neue Verbindungen entstehen – eine offene Mitte, die den Südosten stärkt und das ganze Stadtbild Erfurts bereichert.

Die SPD steht für sozialen Fortschritt und mutige Stadtentwicklung. Wir lassen nicht zu, dass Mutlosigkeit, Blockade oder kleinliches Taktieren dieses Zukunftsprojekt gefährden. Es geht um nichts weniger als die Frage: Lassen wir den Erfurter Südosten zurück – oder investieren wir in ein lebenswertes Morgen?

Der Stadtumbau Erfurt-Südost ist das bedeutendste Stadtentwicklungsprojekt der Landeshauptstadt seit der BUGA 2021. Er bietet die historische Chance, die Lebensqualität von rund 25.000 Menschen in den Stadtteilen Melchendorf, Wiesenhügel und Herrenberg entscheidend zu verbessern.

Mit der „Neuen Mitte Südost“ entsteht ein verbindendes Herzstück, das die bislang trennenden Strukturen überwindet, neue Wegeverbindungen schafft und öffentliche Räume aufwertet. Insbesondere die geplante Neugestaltung des Bereichs „Abzweig Wiesenhügel“ – mit neuer Haltestelle, Wendeltreppe, Höhenbrücke und Terrassenhaus – wird den Stadtteil deutlich attraktiver, sicherer und lebenswerter machen.

Bund und Land fördern das Projekt mit 43,5 Millionen Euro. Dieses einmalige Engagement muss als wichtige Chance für Erfurt begriffen werden. Verzögerungen, Blockaden oder politisches Taktieren gefährden nicht nur die zugesagte Förderung, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der Stadtpolitik.

Die SPD Erfurt bekennt sich zu einer mutigen, innovativen und sozialen Stadtentwicklungspolitik. Was mit der BUGA 2021 im Norden gelang, soll nun auch im Südosten Realität werden: Aufwertung ganzer Stadtteile, Stärkung der Identität der Bewohnerinnen und Bewohner und nachhaltige Stadtentwicklung.

Die SPD Erfurt setzt daher mit diesem Beschluss ein klares Signal: Wir stehen geschlossen hinter dem Stadtumbau Südost – für ein lebenswertes, soziales und modernes Erfurt.

## **A38 Erfurt barrierefrei gestalten**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Süd  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Der Kreisparteitag unterstützt die Mitglieder der Stadtratsfraktion in dem  
2 Ansinnen, einen Antrag mit folgendem Ziel einzubringen: Abschluss des  
3 Masterplans Erfurt inklusiv

4 Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der  
5 Behindertenbeauftragten der Stadt und Vertretern von Behindertenverbänden den  
6 umfassenden Masterplan Erfurt inklusiv weiter zu entwickeln und zeitnah  
7 vorzustellen. Dieser Plan soll eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation  
8 enthalten und einen Zeitplan sowie konkrete Maßnahmen zur schrittweisen  
9 Umsetzung festlegen.

### **Begründung**

Nachzuliefern

## **A40 Mehr Austausch. Mehr Beteiligung. Mehr SPD.**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation  
Verfahrensvorschlag: Bitte an Antragssteller mit A39,A16 vereinigen

### **Antragstext**

1 Der Kreisverband sowie die Stadtratsfraktion der SPD werden gebeten, einen  
2 strukturierten und regelmäßigen Informationsaustausch zu Themen und Projekten im  
3 Stadtgebiet zu initiieren. Dieser Austausch soll alle Mandatsträger der SPD  
4 sowie SPD-nahe Vereinigungen umfassen und insbesondere die vor Ort aktiven SPD-  
5 Ortsvereine, Ortsteilbürgermeister\*innen und Ortsteilräte einbeziehen.

6 Ziel ist es, eine stärkere Vernetzung und frühzeitige Einbindung bei lokal  
7 relevanten Themen zu erreichen – vor allem bei Vorhaben, die das jeweilige  
8 Einzugsgebiet direkt betreffen. Darüber hinaus wird angeregt, wieder erweiterte  
9 Fraktionssitzungen unter Einbeziehung der Ortsteilbürgermeisterinnen der  
10 Fraktion einzuführen.

### **Begründung**

Die aktuellen Beratungen im Stadtrat zeigen, dass Informationen zu zentralen Projekten – wie etwa zur „Neuen Mitte Südost“ – bislang nur bedingt mit den Akteuren vor Ort geteilt werden. Dies erschwert eine frühzeitige Beteiligung und die Einbindung lokaler Perspektiven.

Seit Beginn der neuen Legislaturperiode finden zudem keine erweiterten Fraktionssitzungen mehr statt, bei denen Ortsteilbürgermeisterinnen und sachkundige Bürgerinnen der Fraktion regelmäßig eingebunden werden. Dies führt zu einem Informationsdefizit und erschwert die parteiinterne Abstimmung sowie die gemeinsame politische Arbeit vor Ort.

Ein strukturierter Austausch kann dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, lokale Expertise zu nutzen und die politische Arbeit der SPD in Erfurt insgesamt zu stärken.

## **A41 Förderung neuer Wohnprojekte in der Stadt**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt und Stadtratsfraktion wird gebeten, sich für die Entwicklung und  
2 Umsetzung neuer Wohnprojekte auszusprechen. Angesichts der stark gestiegenen  
3 Baukosten soll der Fokus insbesondere auf kosteneffiziente und nachhaltige  
4 Bauweisen gelegt werden, wie das serielle Bauen sowie Tiny-House-Konzepte aus  
5 Beton oder Holz.

6 Zur Realisierung solcher Projekte sollen geeignete Flächen im Stadtgebiet  
7 identifiziert und geprüft werden, um festzustellen, inwieweit sie sich für diese  
8 innovativen Wohnformen eignen. Dabei sollen ausdrücklich auch Grundstücke  
9 berücksichtigt werden, die sich nicht im Eigentum der Stadt befinden, jedoch  
10 durch Partner, städtische Tochtergesellschaften oder andere geeignete Akteure  
11 angekauft oder entwickelt werden können.

12 Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der sowohl ökologischen als auch  
13 sozialen Anforderungen gerecht wird, und Segregation entgegenzuwirken. Insgesamt  
14 sollen gleichzeitig neue Impulse für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung  
15 setzt.

## **A42 Ausbau von Wohnraum für betreutes Wohnen und Pflege**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

- 1 Die SPD Erfurt wird gebeten, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:
- 2 1. Mehr Einrichtungen für Pflege und betreutes Wohnen in verschiedenen  
3 Stadtteilen schaffen.
- 4 2. Neue Wohnformen fördern, z. B. Tiny Houses oder Mehrgenerationenhäuser.
- 5 3. Städtische Flächen zur Verfügung stellen und Investitionen mit günstigen  
6 Krediten unterstützen

### **Begründung**

Immer mehr ältere Menschen brauchen Unterstützung im Alltag oder Pflege. Die vorhandenen Angebote reichen schon heute kaum aus.

Wenn wir frühzeitig handeln, können wir Engpässe vermeiden, Wartezeiten verkürzen und die Lebensqualität im Alter verbessern.

## **A44 Verbesserung der Neumitgliedergewinnung und -begleitung in der SPD Erfurt**

Antragsteller\*in: SPD Ortsverein Erfurt-Südost  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation

### **Antragstext**

Die SPD Erfurt möge beschließen, ein strukturiertes Konzept zur Gewinnung, Begleitung und langfristigen Einbindung von Neumitgliedern zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist es, neue Mitglieder über die Grenzen der Ortsteile hinweg willkommen zu heißen, sie aktiv in die Parteiarbeit einzubinden und ihnen frühzeitig Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Vernetzung zu bieten.

#### **1. Willkommensprozess für Neumitglieder:**

- Persönliche Begrüßung durch den Ortsverein ggf. mit dem Kreisverband.
- Versand eines digitalen oder gedruckten Willkommenspakets mit Informationen zum OV und zur SPD Erfurt, Ansprechpartnern und Mitmachmöglichkeiten.

#### **2. Begleitung in den ersten 1–2 Monaten:**

- Zuweisung eines „Paten“ oder einer Kontaktperson aus dem Ortsverein.
- Einladung zu einem ersten Kennenlerngespräch oder Treffen.

#### **3. Regelmäßige Neumitgliedertreffen:**

- Monatliche oder quartalsweise Treffen für neue Mitglieder, organisiert durch die Ortsvereine und des Kreisverbandes.
- Vorstellung von Arbeitsgemeinschaften, Projekten und Mitmachmöglichkeiten.

#### **4. Ortsteilübergreifende Vernetzung:**

- Förderung von Austausch und Zusammenarbeit zwischen den Ortsvereinen.
- Gemeinsame Veranstaltungen und Workshops zur Stärkung des

### **Begründung**

Nur durch eine strukturierte und wertschätzende Begleitung neuer Mitglieder gelingt es, deren Motivation und Engagement zu fördern. Die SPD Erfurt verfügt über zahlreiche engagierte Mitglieder und Strukturen – diese gilt es zu nutzen, um neue Mitstreiter\*innen zu gewinnen und zu halten. Eine starke Willkommenskultur ist der Schlüssel zur nachhaltigen Mitgliederentwicklung.



## **A46 Kinder stärken, Familien begleiten**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

1. Der Kreisverband der SPD Erfurt fordert die SPD-Mitglieder in der Thüringer Landesregierung und die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag dazu auf, eine dauerhafte landesseitige Finanzierung der Kita-Sozialarbeit im Rahmen der Haushaltsaufstellung sicherzustellen
2. Bis das der Fall ist, fordert der Kreisverband der SPD Erfurt die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass auch bei rückläufigen Kinder- und Geburtenzahlen Kindergärten nicht vorschnell geschlossen werden, sondern kleinere Gruppen eingerichtet werden. So kann der gesetzlich beschlossenen Personalschlüssel von allen Kindergärten eingehalten oder sogar unterschritten werden und die pädagogische Qualität ausgebaut und die soziale Infrastruktur gesichert werden.
3. Der Kreisparteitag beschließt, einen gleichlautenden Antrag beim nächsten Landesparteitag zu stellen.

### **Begründung**

Thüringer Kommunen stehen aktuell vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen sinken die Geburtenzahlen deutlich, was dazu führt, dass viele Kindergärten ihre Gruppen nicht voll belegen können und Einrichtungen – besonders im ländlichen Raum – sogar von Schließung bedroht sind. Zum anderen steigen die Anforderungen an die pädagogische Arbeit stetig, da immer mehr Familien vielfältige Unterstützungsbedarfe haben, beispielsweise durch multiple familiäre Belastungen oder durch Flucht und Migration.

Diese Situation bietet die Chance, die pädagogische Arbeit gezielt zu stärken: Durch kleinere Gruppen und eine bessere Fachkraft-Kind-Relation kann individuellere Förderung stattfinden, die allen Kindern zugutekommt. Aktuell wird der seit 1. Januar 2025 geltende verbesserte Personalschlüssel nur von rund 45 % der Kindergärten erfüllt – eine Übergangsfrist gilt bis Ende 2027 (Sänger, MDR, Juni 2025). Gleichzeitig sollten gefährdete Einrichtungen in den Stadtteilen und im Erfurter Umland erhalten bleiben, um wohnortnahe

Betreuung und Bildungsangebote zu sichern.

Einen zentralen Beitrag leistet hierbei die Kita-Sozialarbeit. Sozialarbeiter:innen in Kindergärten sind feste Ansprechpersonen für die Sorgeberechtigten der Kinder, aber auch für die eigenen Kolleg:innen in den Kindergärten. Sie unterstützen bei Fragen zur Erziehung, begleiten Familien bei Behördengängen und helfen bei der Beantragung von Leistungen sowie bei der Vernetzung mit Frühförderung, medizinischer und psychologischer Hilfe. Sie kennen den Sozialraum und können schnell vermitteln.

In Erfurt nehmen derzeit 14 Kitas am Landesmodellprojekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ teil, thüringenweit sind es 79. In diesem Projekt ist die Kita-Sozialarbeit ein maßgeblicher Schwerpunkt. Die Zukunft des Projekts über 2025 hinaus ist jedoch unklar. Ziel muss es sein, die Kita-Sozialarbeit zu verstetigen und thüringenweit auszubauen, so dass alle Einrichtungen und Familien davon profitieren. Bis das der Fall ist, muss auf kommunaler Ebene sichergestellt werden, dass kein Kindergarten vorschnell geschlossen wird und sehr gut ausgebildete Sozialarbeiter:innen dieses Feld nicht verlassen.

Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Weichen für eine qualitativ hochwertige und sozial gut vernetzte frühkindliche Bildung in Erfurt zu stellen.

Sänger, Lars (11. Juni 2025): Schließen oder erhalten – wie weiter mit Thüringens Kindergärten? URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schliessen-oder-erhalten-kindegartenthueringen-100.html#sprung0>

Projekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ (2021-2025).

URL: <https://bildung.thueringen.de/bildung/kindergarten/projekte/vielfalt-vor-ort-begegnen>

## **A48 Erfurt muss mal ... Mehr öffentliche Toiletten einrichten!**

Antragsteller\*in: Jusos Erfurt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Stadtentwicklung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt fordert ihre Stadtratsmitglieder auf, aktiv darauf hinzuwirken,  
2 dass die Stadtverwaltung das Netz öffentlicher Toiletten deutlich ausweitet.  
3 Neben eigenständigen öffentlichen Toiletten soll dabei auch gezielt die  
4 Kooperation „Nette Toilette“ ausgeweitet werden. Insbesondere dort, wo es an  
5 öffentlichen Toiletten mangelt, aber dennoch ein hoher Publikumsverkehr besteht.  
6 So z.B. im Klein-Venedig, am Ilvergehovener Platz und im Luisen-, Stadt-, und  
7 Südpark. Genauso sind temporäre Lösungen für Parks, wie etwa Toilettencontainer  
8 im Sommerhalbjahr, als Kompromiss in Betracht zu ziehen.

### **Begründung**

Unser Erfurt ist beliebt. So beliebt wie noch nie. Im Jahr 2024 betrug die Zahl der Übernachtungsgäste erstmals über eine Million. Gerade an herrlichen Sommertagen und während Veranstaltungen wie dem Krämerbrückenfest oder der Fete de la Musique ist die Altstadt bevölkert von einer bunten Masse aus Einheimischen und Tourist\*innen. Das ist gut so, denn wir Erfurter\*innen sind schließlich stolz auf unser Venedig an der Gera und ganz nebenbei bringen Gäste Geld in die Stadt. Geld, dass Erfurt noch lebenswerter machen kann, wenn man es richtig einsetzt. Ganz sicher eine gute Investition sind öffentliche Toiletten. Jeder Mensch, ob Bürger\*in oder Tourist\*in muss mal und eine lebenswerte Stadt zeichnet eben auch aus, dass Mensch seinen natürlichen Grundbedürfnissen hygienisch, barriere-, und möglichst kostenfrei nachgehen kann. Das ist klarer Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Doch während die Tourist\*innenzahlen auf Rekordniveau gestiegen sind und die Einwohner\*innenzahl der Stadt auf hohem Niveau stagniert, geht die Zahl der öffentlich nutzbaren Toiletten zurück. Nach Informationen der Stadtverwaltung gibt es 24 öffentliche Toiletten, wovon sechs über die Kooperation „Nette Toilette“ genutzt werden können.[1] Diese Zahl ist nicht etwa gestiegen, im Einklang mit der Entwicklung von Touristen\*innen- und Einwohner\*innenzahl, sondern gesunken. Im letzten Jahr gab es bspw. noch 16 „Nette Toiletten“. Aus „finanziellen organisatorischen Gründen“(Stadt Erfurt 2025) fiel diese Zahl nun auf sechs. Dazu kommt, dass die Verteilung der Toiletten entscheidende Lücken aufweist. Zwar ist die Abdeckung in der unmittelbaren Altstadt rund um Anger,

Krämerbrücke, Dom und Peterberg ausreichend, an Orten wie dem Klein-Venedig, dem Ilvergehovener Platz oder im Luisenpark hingegen sucht man vergeblich nach einer öffentlichen Toilette. Im gesamten Bereich der Stadt südlich der Bahntrasse, samt Stadtpark und Südpark wird auf der Website der Stadt Erfurt nicht eine einzige öffentliche Toilette ausgewiesen. Dabei heißt es auf derselben Website, Erfurt verfüge über ein „flächendeckendes Netz an öffentlichen Toiletten“ (Stadt Erfurt 2025). Dieses Netz hat augenscheinlich große Lücken. Lücken durch die unserer Stadt Lebensqualität abhanden geht. Es ist klar, dass öffentliche Toiletten, egal ob als feste Toilettenhäuschen oder in Kooperation mit Gastronomiebetrieben, ein finanzielles Verlustgeschäft für die Stadt darstellen. Scheiße lässt sich eben doch nicht zu Gold machen. Gerade auch Vandalismus stellt ein wiederkehrendes Problem und eine zusätzlich finanzielle Belastung dar. Abgesehen davon, dass es zu einer lebenswerten Stadt gehört, dass an stark frequentierten öffentlichen Plätzen die Möglichkeit bestehensollte sein Geschäft in angemessener Art und Weise zu verrichten, trägt das auch zur Sauberkeit dieser Plätze bei, indem Wildpinkeln eingedämmt wird. Der Vergleich mit den Städten ähnlicher Größe Magdeburg, Chemnitz und Halle (Saale), welcher in einer Studie der Stadt Halle (Saale) aus dem Jahr 2021 angestellt wurde, lässt Erfurt am schlechtesten dastehen im Verhältnis von Bürger\*innen pro öffentliche Toilette (Stadt Halle (Saale): 10). Dabei hat Erfurt die solideste Finanzlage genannter Städte und gleichzeitig mit großem Abstand den meisten Fremdenverkehr. Mehr öffentliche Toiletten sind somit eine akute Bringschuld der Landeshauptstadt Erfurt und die finanziellen Mittel dafür müssen bereitgestellt werden. Dabei sollte selbstverständlich auch eine angemessene Kostenabwägung stattfinden und Projekte wie die „Nette Toilette“ gezielt ausgeweitet werden. Auch über den Altstadtkern hinaus. Denn auch um die bereits angesprochenen toilettenfreien, aber stark frequentierten Orte gibt es Gastronomiebetriebe die als Kooperationspartner gewonnen werden sollten, sollte sich keine Möglichkeit zur Errichtung einer festen öffentlichen Bedürfnisanstalt ergeben. Auch temporäre Lösungen für das Sommerhalbjahr, in welchem sich Parks wie das Klein-Venedig, der Luisenpark und der Südpark besonderer Beliebtheit erfreuen sollten in Betracht gezogen werden. Insbesondere Parks sind natürlicherweise in der wärmeren Jahreshälfte deutlich stärker besucht. Die Stadt Erfurt zeigt, dass sie zu solchen Lösungen bereits, während dem Weihnachtsmarkt oder anderen Großveranstaltungen grundsätzlich bereit ist. Warum dann nicht auch für unsere Parks, die an vielen Sommertagen ebenfalls den Menschenmassen Spaß und Entspannung bringen. Weil wir Menschen alle mal müssen, muss die Stadt Erfurt nun auch endlich mehr öffentliche Toiletten einrichten!

### Quellen:

EVE Tourist-Information in Erfurt. (2025, 5. Mai). Positive Entwicklung hält an: Über eine Million Übernachtungen in Erfurt. Erfurt Tourismus. Abgerufen am 18. August 2025, von <https://erfurt-touristinformation.de/cms/erfurt-tourist-info-stadtfuehrung/positiveentwicklung-haelt-an-ueber-eine-million-uebernachtungen-in-erfurt/>

Stadt Erfurt. (2025). Geoportal Erfurt: interaktive Kartenanwendung. Abgerufen am 18. August 2025, von [https://geoportal.erfurt.de/gis/synserver?project=1&x=642439.8515&y=5649686.1408-&scale=8000&rotation=0&basemapview=Grundkarte\\_Farbe&client=core&language=de](https://geoportal.erfurt.de/gis/synserver?project=1&x=642439.8515&y=5649686.1408-&scale=8000&rotation=0&basemapview=Grundkarte_Farbe&client=core&language=de)

Stadt Erfurt. (2025). Besuch: Öffentliche Toiletten in Erfurt. Abgerufen am 18. August 2025, von <https://www.erfurt.de/ef/de/erleben/besuch/toiletten/index.html>

Stadt Halle (Saale). (2021). Konzept öffentliche Toiletten der Stadt Halle (Saale).

Fachbereich Immobilien, Geschäftsbereich Kultur und Sport. Halle (Saale).

[1] Das Projekt „Nette Toilette“ ist eine Kooperation zwischen Kommunen und Gastronomiebetrieben. In Austausch für finanzielle Unterstützung werden Toiletten von teilnehmenden Gaststätten als öffentlich nutzbar ausgewiesen (Nette Toilette 2025).

## **A50 Schüler:innen können alles erreichen – mit kostenfreiem Nahverkehr!**

Antragsteller\*in: Jusos Erfurt  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Bildung  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

1 Die SPD Erfurt begrüßt die Entscheidung des Stadtrats, das Schüler:innenticket  
2 für alle zu vergünstigen. Wir fordern unsere Stadtratsmitglieder auf, sich für  
3 eine dauerhafte Umsetzung des Beschlusses einzusetzen. Nun braucht es eine  
4 Lösung, die flächendeckend und langfristig Mobilität für alle jungen Menschen  
5 ermöglicht.

6 Wir fordern die Einführung eines kostenfreien Deutschlandtickets für alle  
7 Erfurter Schüler:innen.

8 Hiermit ermöglichen wir offene Wege für alle, um unabhängig vom Geldbeutel der  
9 Familie zu Freizeitangeboten zu gelangen und sich an verschiedenen Orten zu  
10 beteiligen oder mitzugestalten.

11 Hierzu erarbeitet die SPD Erfurt Möglichkeiten zur dauerhaften Finanzierung, die  
12 andere Stadtprojekte für soziale Teilhabe, wie den Familienpass oder das  
13 Sozialticket, nicht gefährdet.

14 Im Weiteren fordern wir als SPD Erfurt in dem Zug auch die SPD-Landtagsfraktion  
15 auf, sich für ein vergünstigtes Azubiticket einzusetzen.

### **Begründung**

Mobilität ist ein Hauptfaktor, um aktiv am Leben vor Ort teilzunehmen. Dies wird häufig für ländliche Räume im Blick auf weite Strecken und fehlende öffentliche Verkehrsmittel diskutiert. Doch auch in der Stadt hilft der vorhandene Nahverkehr nur bei der Teilhabe am Stadtleben, wenn dieser auch zu leisten ist. Gerade in Erfurt gibt es durch die sehr zentralisierte Stadtstruktur und die herausfordernde Infrastruktur für Fahrräder ebenso wie Autos, für viele Bewohner:innen nur die Möglichkeit zu laufen oder die Straßenbahn zu nutzen.

Besonders Familien, die wenig Budget zur freien Verfügung haben wohnen in der Regel auch nicht im

Stadtzentrum, sondern vor allem in weiter entfernten Wohngegenden im Erfurter Norden und Südosten. Gerade Schüler:innen, die hier wohnen, benötigen die Möglichkeit auch außerhalb ihres Stadtviertels aktiv zu sein. Das Deutschlandticket ermöglicht das sowohl lokal in ganz Erfurt als auch überregional und eröffnet neue Möglichkeiten, sodass auch junge Menschen in prekäreren Lebenssituationen an den Freizeitangeboten und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Stadt teilhaben können.

Der Preis für Einzeltickets ist vor allem ab 15 Jahren, einem Alter, in dem viele Jugendliche besonders interessiert sind neue Orte und Möglichkeiten kennenzulernen, zu teuer. Auch ermäßigte Monatskarten sind für Schüler:innen erst günstiger, wenn sie damit täglich ihren Schulweg bestreiten und auch dann zu teuer. Das reguläre Deutschlandticket kostet fast genauso viel.

Es ist zu begrüßen dass der aktuelle Stadtratsbeschluss vergünstigte Tickets nicht mehr nur für einen langen Schulweg als notwendig erachtet. Die Zuschussung jedes Monats- und Deutschlandtickets für Schüler:innen aus Erfurt mit 25€ ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jedoch gilt dies bisher nur für einen begrenzten Zeitraum und orientiert sich nicht an den zukünftigen Ticketpreisen. Wenn die Kosten des Deutschlandtickets steigen, werden sie vollständig an die Schüler:innen weitergegeben. Der Nahverkehr bleibt für einige Familien auch weiterhin zu teuer und wird es somit zukünftig wieder für noch mehr Familien sein.

Daher ist es notwendig langfristig Mobilität für alle in Erfurt sicherzustellen. Es braucht für alle einen kostenfreien Zugang zur Straßenbahn und den Bussen, vor allem am Stadtrand. Dies gilt perspektivisch nicht nur für Schüler:innen sondern auch für andere Teile der Stadtgesellschaft. Daher sollten anderen Projekte, die die soziale Teilhabe fördern nicht dagegen ausgespielt werden, sondern ebenso die notwendigen Rahmenbedingungen erhalten.

Daher sollte die Finanzierung langfristig gedacht werden, sodass nicht nach Auslaufen des aktuellen Projektzeitraums für den 25€-Zuschuss einfach gestrichen wird.

## **A51 Sprechstunden für behinderte Menschen und ältere Patientinnen und Patienten ohne Online-Terminvergabe sicherstellen**

Gremium:	Kreisparteitag
Beschlussdatum:	27.09.2025
Tagesordnungspunkt:	12.2. inhaltliche Anträge
Thema:	Soziales & Arbeit

### **Antragstext**

1 Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

- 2 1. Die SPD Erfurt unterstützt Initiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen  
3 im Gesundheitswesen – aber niemand darf von der Versorgung ausgeschlossen  
4 werden, nur weil er oder sie kein Internet nutzt.
- 5 2. Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein, dass Ämter, Beratungseinrichtungen  
6 auch weiterhin nicht digitale Termine anbieten.
- 7 3. Insbesondere für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder  
8 eingeschränkten digitalen Fähigkeiten sind Telefonsprechstunden und  
9 persönliche Terminvergaben verpflichtend vorzuhalten.

### **Begründung**

Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen zugänglich bleiben. Immer mehr Arztpraxen stellen heute vollständig auf Online-Terminvergabe um. Für viele Menschen ist das bequem – für andere bedeutet es jedoch eine unüberwindbare Barriere.

Gerade ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen ohne ausreichende digitale Kenntnisse sind von medizinischer Versorgung ausgeschlossen, wenn es keinen alternativen Zugang zu Terminen gibt. Das widerspricht dem Grundsatz der **sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe**.

Deshalb ist es notwendig, dass auch in Zukunft **sprechbare Alternativen** – telefonisch oder persönlich vor Ort – verbindlich angeboten werden. Digitalisierung darf Teilhabe erleichtern, sie darf aber nicht zur Hürde für den Zugang zu ärztlicher Versorgung werden.

**Gesundheit darf keine Frage der Internetnutzung sein.**



## **A52 „Langsame Kasse“ und „Ruhige Stunde“ in Supermärkten und Einkaufszentren einführen**

Antragsteller\*in: AG Selbstaktiv  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: Wirtschaft  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die Stadt Erfurt wird beauftragt, gemeinsam mit Handelsverbänden, Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften und Betroffenenvertretungen (z. B. Seniorenbeirat, Behindertenverbänden, Selbsthilfegruppen) entsprechende Pilotprojekte zu initiieren.
2. Darüber hinaus sollen in Kooperation mit den Märkten **„Ruhige Stunden“** angeboten werden, in denen Licht, Musik und Durchsagen reduziert werden, um eine angenehmere Einkaufsumgebung für sensible Menschen zu schaffen.
3. Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein, dass in Erfurter Supermärkten und Einkaufszentren **„Langsame Kassen“** eingerichtet werden – Kassen, an denen bewusst mehr Zeit für den Bezahlvorgang eingeplant wird.
4. Zudem setzt sich die SPD Erfurt dafür ein, dass die Stadt in ihren eigenen Unternehmen mit Kundenbetrieb, wie z. B. den Schwimmbädern ebenso eine ruhige Stunde einführt.
5. Ziel ist es, Erfurt bundesweit zu einem Vorreiter für **inklusives, barrierearmes Einkaufen** zu machen.

### **Begründung**

Einkaufen gehört zum Alltag aller Menschen. Doch nicht alle können das unter den gleichen Bedingungen bewältigen.

- Für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Personen, die etwas mehr Zeit brauchen,

erzeugen die üblichen Kassen oft Stress. Eine „Langsame Kasse“ bietet hier Entlastung.

- Menschen mit Autismus, sensorischen Einschränkungen oder auch vielen älteren Menschen fällt laute, hektische Einkaufsatmosphäre schwer. Eine „Ruhige Stunde“ schafft die Möglichkeit, in entspannter Umgebung einkaufen zu können.

Beide Maßnahmen sind in anderen Städten bereits erfolgreich erprobt worden. Sie verbessern die **Lebensqualität**, stärken die **Teilhabe** und schaffen **mehr soziale Gerechtigkeit im Alltag**.

Die SPD Erfurt setzt sich dafür ein, dass solche einfachen, praxisnahen und kostengünstigen Lösungen auch in unserer Stadt umgesetzt werden – weil **Einkaufen für alle möglich und stressfrei sein muss**.

## **A53 Inklusive Kommunikation: Veröffentlichungen der SPD auch in Gebärdensprache und Leichter Sprache bereitstellen**

Antragsteller\*in: AG Selbstaktiv  
Tagesordnungspunkt: 12.2. inhaltliche Anträge  
Thema: SPD Organisation  
Verfahrensvorschlag: Übernahme

### **Antragstext**

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die SPD Erfurt stellt künftig zentrale Veröffentlichungen (z. B. Informationen zu Veranstaltungen, Wahlprogramme, wichtige Beschlüsse) zusätzlich auch in **Leichter Sprache** und – soweit möglich – in **Gebärdensprache (Videoformate)** zur Verfügung.
2. Der Vorstand wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das schrittweise und ressourcenschonend umgesetzt wird, beginnend mit den wichtigsten Kerninhalten (z. B. aktuelle Informationen zu kommunalpolitischen Themen).
3. Die SPD Erfurt setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass auch dort Veröffentlichungen systematisch barrierefrei gestaltet werden.
4. Ziel ist eine **parteiweite Kommunikationskultur**, die Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen selbstverständlich einschließt.

### **Begründung**

Die SPD versteht sich als Partei der Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, dass Informationen für alle Menschen **zugänglich** sind.

Viele unserer Veröffentlichungen sind für Menschen mit Behinderungen oder mit eingeschränkten Sprachkenntnissen schwer oder gar nicht verständlich.

- **Leichte Sprache** hilft Menschen mit Lernschwierigkeiten, kognitiven Einschränkungen oder geringen Deutschkenntnissen, politische Inhalte zu verstehen.

- **Gebärdensprache** ermöglicht gehörlosen Menschen den Zugang zu wichtigen Informationen, ohne auf Dritte angewiesen zu sein.

Andere Kommunen, Verwaltungen und Organisationen gehen bereits mit gutem Beispiel voran. Auch die SPD Erfurt sollte hier Vorreiterin sein und ein klares Signal setzen: **Demokratie funktioniert nur, wenn alle teilhaben können**